

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesch!

Freitag,
28. November 1879.
Inserate
sind an die Expedition in
Leipzig zu senden.
Inseritionsgebühr
für die Spaltenreihe 20 Pf.
unter Einspannung 20 Pf.

Nachabonnement für den Monat December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 2 Mark 50 Pf. angenommen.
Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direkt bei der Expedition erfolgen zum Preise von 3 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankiertem Kreuzband geschieht.

Telegraphische Depeschen.

* Hannover, 26. Nov. Se. Maj. der Kaiser traf heute Nachmittag 5½ Uhr mittels Extrazugs hier ein und segte nach einem kurzen Aufenthalt, während dessen die neuen Empfangsräume des Bahnhofs besichtigt wurden, die Reise nach Springe fort.

* Wien, 26. Nov. Die Politische Correspondenz erklärt, daß die von einem Blatte gebrachten Daten über das Heeresbudget pro 1880 auf Erfahrung beruhen und wesentlich von dem vorzulegenden Budget abweichen. — Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von heute: „Muhtar-Pascha erhielt den Befehl, mit 20 Bataillonen nach Gussinje zu marschieren, um die Übergabe dieses Platzes an Montenegro gegenüber den widerspenstigen Arnauten zu bewerkstelligen.“

* Budapest, 26. Nov. Das Abgeordnetenhaus hat in namentlicher Abstimmung die Wehrgezegvorlage mit 205 gegen 158 Stimmen als Grundlage für die Specialdebatte angenommen.

* Budapest, 26. Nov. Anlaßlich der gestern als zur Zeit resultlos abgebrochenen und auf nächstes Jahr vertagten Aussichtsverhandlungen der ungarischen und der kroatischen Regnicolar-deputation veröffentlicht der Pester Lloyd einen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß ein Ausgleich mit Kroatien überhaupt unmöglich sei, wenn nicht ein neuer Banus und eine neue von dem kroatischen Landtage und dessen Majorität ganz unabhängige Landesregierung eingesetzt werde. Der Pester Lloyd thieilt ferner mit, daß den kroatischen Vertrauensmännern von competentester Seite erklärt worden sei, daß die Einverleibung des Militärgrenzgebietes Kroatien nur gewährt werden könne, wenn sich dasselbe auf mindestens zehn Jahre mit Ungarn ausgeglichen habe.

* Budapest, 26. Nov. Die Regnicolar-deputation für den Ausgleich zwischen Ungarn und Kroatien hat beschlossen, ihre Verathungen bis nach Neujahr zu vertagen und gleichzeitig die Regierungen zu ersuchen, dem ungarischen Reichstage wie dem kroatischen Landtage ein kurzes Gesetz vorzulegen, nach welchem der Status quo für ein Jahr verlängert wird.

* Kopenhagen, 26. Nov. Anlaßlich des bevorstehenden Besuchs des Königs und der Königin am Berliner Hofe äußert sich das Journal Dagblad dahin, daß die bisherige reservirte Haltung Dänemarks der Ausdruck berechtigter Gefühle sei, daß es jedoch ein Missverständnis sein würde, wenn Deutschland glauben könnte, daß dieselbe von feindseligen

Hintergedanken geleitet werde. In Dänemark sei nur Eine Meinung vorherrschend über die Notwendigkeit und über die Bedeutung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland, und die Wünsche, die man betreffs guter Beziehungen zu Deutschland hege, seien aufrichtig geweint. Für Deutschland werde der Besuch des dänischen Königspaares ein Beweis sein, daß Dänemark seine Beziehungen zu Deutschland gerade so wie diejenigen zu den andern großen europäischen Mächten ansehe. Das Journal Hævredland spricht sich in ähnlicher Weise aus.

* Stockholm, 26. Nov. Der Handelsvertrag mit Frankreich ist vorgestern verlängert worden, soll aber ohne weitere besondere Uebereinkunft nicht länger als bis zum 1. Jan. 1881 Geltung haben.

* Petersburg, 26. Nov. Das Petersburger Kriegsgericht verhandelt morgen den Prozeß gegen den Edelmann Leon Mirsky, die Collegienregisterfrau Olga Semensky, den Edelmann Hypolit Golowin, den Collegienprofessor Olshin, den Edelmann Nicolai Wereschchagin, den Kleinbürger Eugen Bilemischew, den verabschiedeten Fähnrich Iuri Taschow, den erblichen Ehrenbürger Georg Levensohn, welche angeklagt sind, der Zugehörigkeit zur verbrecherischen Gesellschaft zwecks Umsturzung der bestehenden Ordnung und der Gesetze mittels Gewalt, Mirsky außerdem des Attentatsversuchs auf den Gensbarmenchef Orentzen und des bewaffneten Widerstands gegen Amtspersonen, Fälschung von Legitimationen, alle anderen Angeklagten außerdem der Hehlung des Attentats und der Münzmisschafft des Verbrechens.

(Wiederhol.)

* Konstantinopel, 26. Nov. Der Sultan hat den Obersten Vitalis zu seinem Flügeladjutanten ernannt. — In der griechischen Grenzfrage ist der erste türkische Commissar, Savset-Pascha, fortgesetzt bemüht, dem Ministeriat die Opportunität darzulegen, daß entweder die Verhandlungen aufzuhören und die Mediation der Mächte angerufen werde, oder aber daß den türkischen Commissaren neue Vollmachten erteilt werden.

Die Juden in Köln am Niederrhein.

Die Kölnische Zeitung entnimmt dem ebenerstgenannten ersten Theile eines von Karl Brisch verfaßten Buches: „Geschichte der Juden in Köln und Umgebung“, mehrere Stellen, um zu zeigen, welchen unmenschlichen Frevel der christliche Fanatismus des Mittelalters sich an den verzweifelnden Judengemeinden schuldig gemacht hat:

michel-Monhaupt frisch und ansprechend, doch kann die Melodieführung noch etwas leichter und beweglicher sein. Fr. Widl hatte als Brunnhilde gegen ihre Vorgängerin einen schweren Stand; als Sängerin behauptete sie sich vorzüglich, ihr Vortrag war warm empfunden und auch, besonders am Schlusse, schwungsvoll. Indes fehlte der Leistung noch der erforderliche große Stil; die Auffassung zeigte hier und da, namentlich im mimischen Spiel, etwas Kleinliches; diese Brunnhilde war mehr ein rein menschliches Weib im engern Sinne als das „Botanskind“. Fr. Lederer hat sich in die Rolle des Siegfried mehr und mehr eingelebt, sodß er sie mit weit mehr Freiheit und Frische gibt als bisher. Nur das möchten wir bemerken, daß es wol nicht in der Absicht des Dichters liegt, daß Siegfried Mime's Erzählung im ersten Act mit zweifelnden Geberden &c. begleitet; er hat zunächst keinen Grund, Mime nicht zu glauben; auch weist die Musik darauf hin, daß die Erzählung den Hörer und mit ihm Siegfried zu tiefsiniger Theilnahme stimmen soll, mag der Inhalt derselben auch Mime's Gemüth nicht in diesem Sinne berühren.

Die Rollen des Wanderers und Hafner's waren wie früher durch die Herren Schelpf und Neh vorzüglich vertreten. Die von Kapellmeister Seidel geleitete Vorstellung war, von ein paar Störungen im Orchester abgesehen, eine im ganzen wohlgelungene.

In unserm Opernbericht in Nr. 272 ist S. 2173, Ep. 2, B. 6 v. u. zu lesen „Nachahmung“ statt Verhöhnung.

Als Vorspiel zu den in Aussicht stehenden Kämpfen gegen die Mohammedaner erachteten die zügellosen Söldner der Kreuzfahrt es als ihre Pflicht, schon in der Heimat Propaganda für das Christentum zu machen und mit Feuer und Schwert zu wählen. Der Begriff der „Feinde Christi“, welche im Orient ausgesucht werden sollten, wurde auch auf die Juden ausgedehnt. Wie ein Blitzaufschlag durchzuckte der von einem Mönch ausgehende Gedanke die Masse: „Sind doch die Juden ebenso unglaublich wie die Sarazenen, beide Feinde des Christenthums! Lasset uns zuvor für unsern Heiland an den Juden Rache nehmen und sie aus der Reihe der Völker vernichten, auf daß der Name Israels nicht mehr gedacht werde, es sei denn, daß sie sich zu unserem Glauben bekehnen und Christen werden wie wir; nachher wollen wir weiter ziehen.“ Frankreich war zum ersten Schauspiel der Mezeilen ausersehen; Fürsten und höhere Geistliche traten aber für die Juden auf und es gelang ihnen, große Eroeffnungen zu verhindern. Erst auf deutschem Boden gewannen die Verfolgungen eine blutige Ausdehnung, denn Kaiser Heinrich IV., der sich ihrer wol angenommen hätte, befand sich in Rom, fernab den Rheinlanden, dessen jüdische Gemeinden den aus Frankreich anrückenden Feinden schullos preisgegeben waren.

Am 3. Mai 1096 stürzte sich die Schar auf die Juden zu Speier. Ihrer Zahl wurden ergreift, in die Kirche geschleppt und weil sie ihren Glauben nicht absworben wollten, daselbst hingeklachtet. Eine Frau, die für ihre Standhaftigkeit unter den Händen der Blutmenschen stirrte, hatte ein Messer ergreift und sich selbst geschlachtet. Die andern hatten sich zu dem Bischof Johanniter geflüchtet, der sie schlug und sogar einige der Verfolger greifen und hirrichten ließ.

Am 18. derselben Monats begann das Gemetzel zu Worms. Ein Theil der Gemeinde hatte, wie die zu Speier, Schutz unter dem Dache des Bischofs Albrandus gesucht und gesundet. Die übrigen, die ihre Häuser nicht verlassen hatten, fielen unter den Streichen der Blutrotte. Viele weichten sich selbst dem Tode, mancher hat seinen Bruder, seinen Freund, seine Braut oder sein liebes Weib und seine Kinder zur Heiligung des göttlichen Namens geschlachtet; nur wenige nahmen die Rotschande an. Dann wurden die Häuser der Täterschaften geplündert und zerstört, auch die Synagoge blieb von der Wut des Volkes nicht verschont, die Gesetzesrollen wurden zur Erde geworfen, zerschnitten und mit Füßen getreten. Nach sieben Tagen (25. Mai) ereichte diejenigen, die sich in den Bischoflichen Palast geflüchtet hatten, dasselbe Schicksal. Der Bischof wollte ihnen nämlich fernher nur unter der Bedingung Schutz angeboten lassen, daß sie Christen würden. Da zogen sich die Juden unter dem Vorwände, die Sache zu überlegen, in den Bischoflichen Gemach zurück und schlachteten einander, während der Kirchenfürst ihre Antwort erwartete. Als die Wallhäuser herbeikamen, fanden sie nur noch wenig zu thun. Auch hier nahmen nur einige die Scheintause. Ein Jüngling Namens Simcha ha Cohen, dem die Blutmenschen Vater und Brüder gemordet hatten, wollte nicht ungerächt aus der Welt scheiden. Er erklärte, die Taufe anzunehmen zu wollen, und ließ sich ruhig in die Kirche führen; in dem Augenblick aber, als er das Sakrament empfangen sollte, zog er ein Messer aus der Tasche und erstach damit einen Reffen des Bischofs. Er wurde, wie er nicht anders erwartet konnte, in Stücke zerrissen. Die Zahl der unglück-

Die Newyorker Handels-Zeitung erzählt: „Ein Anachronismus, der als recht bezeichnend für den Bildungsgrad unserer Volksvertreter hinzustellen sein dürfte, wurde in der kürzlich zu Quincy abgehaltenen Convention für Flußverbesserungen zu Tage gefördert. Als der zum Vorstand der Convention erwählte Senator Windom von Minnesota seinen Sitz einnahm, hielt er eine feurige Rede über die segenreichen Folgen, welche ein gutes System der Verbesserung der Flussschiffahrt auf dem Mississippi nicht nur für unsern Westen, sondern für die ganze civilistische Welt haben müßte. Er zog dabei einen Vergleich zwischen den Getreideschlotten, welche vom Mississippi aus nach Europa fahren würden, und den Getreideschlotten, welche einst vom Nil aus das mächtige Rom mit Brot versorgten. „Wenn die Antarktis jener ägyptischen Flotte bevorstand, dann“, rief er, „fuhrten aus dem Hafen Rom's seine stolzen, flaggengezäumten Dampfer aus, um die langsam fahrenden Segelschiffe einzuholen und sie in die Mündung der Tiber zu geleiten!“

— In dem Werke „Geschichte der deutschen Sprache und Literatur bis zu Goethe's Tod“ von Professor Dr. Daniel Sanders (Berlin, Langenscheidt) hat es der Verfasser fertig gebracht, die ganze deutsche Literatur von ihren ersten Anfängen bis zu Goethe's Tod in einem einzigen Heft von 142 Seiten, groß Octav, abzuhandeln, wobei er auch noch über die Grenzen des bloßen jenen genannten „Schönen Literatur“ mehrfach hinausgreift. Allerdings sind es im ganzen mehr compendienhaft aneinandergetrehte Notizen als eigentliche Befreiungen über die einzelnen Literaturerscheinungen; indes ist darin (wenn man von einer eigenlichen Charakteristik und Kritik der Schriftwerke absieht) immerhin das für den Laien Wissenswerteste enthalten, und als eine nicht zu unterschätzende Beigabe folgt der Verfasser auch noch vielfach die Urtheile anderer namhafter Schriftsteller hinzu.

Leipziger Stadttheater.

* Leipzig, 25. Nov. Zu der gestrigen Vorstellung des „Siegfried“ waren mehrere Rollen neu besetzt. Wie schon bei der letzten „Rheingold“-Aufführung, war die Rolle des Mime durch Hrn. Lieban vertreten. Seine Darstellung verdient volle Anerkennung. Un Vorbildern hat es ja Hrn. Lieban nicht gesehlt, aber die große Gewandtheit, die Sicherheit, mit welcher er die schwierige Rolle in musikalischer Beziehung wie hinsichtlich der Charakteristik aus jüngstligst durchgeführte vorführte, zeigt einen ehrwürdigen rostlosen Eifer und Fleiß voraus. Freilich erwies sich die Stimme, namentlich im ersten Act, nicht immer ausreichend; auch hätte der lädierte Zug in Mime's Charakter noch schärfer ausgeprägt zur Anschaugung gebracht werden können. In jeder Beziehung das Beste gab er im zweiten Act. Der Alberich des Dr. Basch befandete eine richtige Auffassung der Rolle, doch hatte der Ausbruch des unbeschreibbar leidenschaftlichen Wesens noch nicht Energie genug. Hrl. Kiegler sang die Erda edel, durchgeistigt und mit charakteristisch gedämpftem Ton. Dem erhabenen Eindruck der Seherin würde es übrigens, glauben wir, günstiger sein, wenn die Darstellerin ihre Gesticulation auf die Eine bedeutsame Stelle: „Der die Eide hält, herzlich durch Meineid!“ beschränkt wolle. Störend war das infolge einer unrichtigen Handhabung der Beleuchtung entstandene, die geringste Bewegung der Darstellerin unfehlbar vergrößert widerstreuende Schattenbild derselben. Bei fehlern Vorstellungen ist dieser Unfehlstand nicht zu bemerken gewesen. Den Waldvogel sang Frau Klein-

lichen Opfer, die an den beiden Tagen in Worms ihr Leben verloren, betrug 880.

Am 27. Mai kam die Reihe an die Gemeinde in Mainz. Alle Juden hatten sich auch hier in den erzbischöflichen Palast, den sie für eine Zufluchtsstätte hielten, geflüchtet. Der Erzbischof Ruthard, ein gewissenloser Mann, stand mit dem Anführer der Kreuzfahrer, Emicho v. Leiningen, seinem nahen Verwandten, in Verbindung, und beide hatten einen teuflischen Plan verabredet. Demzufolge öffnete der Kirchenvorsteher den Hauseingang seines Hofes und die Söller seines Palastes, nachdem diese ihm ihre Schäfe in Verwahrung gegeben hatten. Darauf ührte Emicho v. Leiningen seine Schar vor das Thor des Palastes und verlangte die Auslieferung der Juden. Die Bedeutung, welche der Erzbischof zum Schein aufgestellt hatte, mache von den Waffen seinen Gebrauch unter dem Vorzeichen: nicht gegen Christen und Wallbrüder zu kämpfen. Ungehindert drangen die Kreuzfahrer in den Palast ein und rückten ein gräßliches Blutbad an. Viele zogen es vor, durch eigene Hand zu sterben, tödten erst ihre Angehörigen und dann sich selbst. Auch Frauen übten das Schlächterhandwerk und es verloren 1800 Menschen ihr Leben an jenem unheilvollen Tage. In die Schäfe der Juden stießen sich der Erzbischof und Emicho v. Leiningen. Schätzungsweise hatte der Erzbischof in der Schatzkammer des Domes verborgen und schickte sie später, nach Plünderung, auf einige Österreicher des Rheingaus; aber auch diese wurden in einem Aufstand erschlagen. Zwei Männer, Uri und Isak ben David, der Gemeindevorsteher, nebst den leichten Töchtern, die man alle getauft hatte, lebten zu ihrem Glauben zurück und Isak schlachtete seine Töchter zum Ritus zum Fest des Wochenfestes (26. Mai), zündete sein Haus an und begab sich dann mit seinem Freunde Uri ins Gottheus vor die heilige Kade, wobei sie starben, als die Flammen austoberten und ihre Leiber verzehrten. Von diesem Feuer wurde ein großer Theil von Mainz in Asche gelegt.

Diese schreckliche Kunde kam nach Köln am 29. Mai und entsetzte erstaunt die älteste Gemeinde Deutschlands ob dieser Nachricht. Die Gefahr war für sie um so größer, als das anrückende Kreuzheer hier durch einen Haufen niederrheinischer Theilnehmer unter Hermann dem Zimmermann bestärkt wurde. Um sich den Augen der Verfolger zu entziehen, flohen die Juden in die Häuser ihrer christlichen Freunde und Bekannte, wo man sie freundlich aufnahm und barg. In der Frühzeit des folgenden Morgens, am jüdischen Wochenfest, drang das blutdürftige Gefüllt in die Häuser der Juden, und als es diese leer fand, stürzte es seine Wuth an Holz und Stein, indem es die Häuser plünderte und zerstörte. Hierauf brach die wilde Horde in die Synagoge ein, riß die Gelehrten heraus, trieb Spott mit denselben und trat auf den Straßen auf ihnen herum. Dann ergriessen sie den Gelehrten Mar Isak, der nicht gestoßen war, schleppen ihn in die Kirche, wo er vor ihren Bildern ausspie, worauf er erschlagen wurde.

Die übrigen söhne Juden blieben in den Häusern ihrer christlichen Bekannten, wohin sie sich geflüchtet hatten, verschont, bis sie der edle Erzbischof Hermann III. am 3. Juni heimlich aus der Stadt führte und, um sie zu retten, auf sieben Orte seines Erzstiftes verteilen ließ. In Neuss, Wevelinghoven, Astenahr, Ahrweiler, Sinzig, Mörs und Kerpen brachten die Flüchtlingse in hoher Erwartung drei Wochen zu. Aber die Vorsehung hatte ihren Untergang beschlossen. Die Wallbrüder suchten und fanden ihre Spur, zogen umher und mordeten in allen sieben Orten.

Am Dienstag, 24. Juni, trafen die Kreuzfahrer in Neuss ein und mit ihnen versammelte sich noch viel anderes Volk, um hier den Johannistag zu feiern. Um dem Feste Johannes des Täufers einen höhern Glanz zu verleihen, schlachteten sie sämtliche Juden, welche dort gefunden wurden, 200 an der Zahl.

Einen Tag später wurden die Flüchtlingse in Wevelinghoven heimgesucht. Viele machten ihrem Leben selbst in den umliegenden Seen und Sümpfen ein Ende. Ein Gelehrter, R. Samuel ben Jochiel, ging mit dem Beispiel voran. Dieser schlachtete seinen einzigen schönen Sohn mitten im Wasser, nachdem er die beim Schlachten übliche Segensformel gesprochen, das Opfer fiel mit „Amen“ ein, die Umschenden riefen: „Höre Israel!“ und thaten das Gleiche. Zu dem Synagogendienner Menachem gewandt, sprach dann der Alte: „Rinn mein Schwert und töte mich neben meinem Sohne!“ Hierauf fasste sich der Flüchtlings ein Herz und tödete ihn und darauf auch sich selbst.“ Die legten wurden von den herbeieilenden Mörfern mit Jubel ertränkt.

Am 26. Juni kam die Reihe an die Flüchtlingse in Astenahr. Ein frommer Mann, R. Isak ha Levi, wurde jämmerlich geschlagen und willenslos getauft, während er ohne Bewußtsein war. Nach drei Tagen, als er wieder zu sich gekommen war, begab er sich nach Köln in sein Haus, bestellte dasselbe und stürzte sich dann in den Rhein.

Am 27. Juni ging es auf die Flüchtlingse in Ahrweiler los, um dieselben mit Gewalt zu tauften. Die Juden hatten aber schon vorher Lunde von dem Ankommen der Verfolger erhalten, versammelten sich, bevor jene kamen (über 300 Personen), und beschlossen, lieber sich selbst zu tödten. Hierauf erbosten sich die Gemeindevorsteher, sie alle zusammen zu schlachten, und führten dies auch bei verschlossenen Thüren aus. Alsdann schlachtete R. Peter auch seine vier Genossen, stieg auf einen Thurm und stürzte sich von oben herab in die Tiefe.

Noch am Abend desselben Tages suchten sie dann auch die Juden in Sinzig heim. Einige von diesen verrichteten gerade das Kidduschgebet (Weihesegen des Sabbats), als die Wallbrüder auf sie losstürzten; aber sie opfereten sich ebenso wie ihre Brüder in andern Orten. Ein Rabbi aus Frankreich, welcher sich unter ihnen befand, zeigte ihnen, wie man sich entleben und zugleich ein Grab finden könne. Er mache eine Grube in die Erde, stelle sich hinein und schlachte sie. Die andern mochten es ebenso.

Zwei Frauen, Jentel und Rebella, die eine schwer erkrankt, die andere eben von einem Knäblein entbunden, befanden sich in Mörs in einem Thurm, und da sie die Feinde herankommen sahen, schlachteten sie ein sehr schönes zehnjähriges Mädchen, das bei ihnen war, schleuderten das neugeborene Knäblein vom Thurm herab in die Tiefe und entlebten sich dann selbst. Als dies bekannt wurde, schleppen man die übrigen Juden gefestigt aus der Stadt und überließ sie den Wallbrüdern, die den größten Theil tödten und den kleineren Theil gewaltsam tauften.

Die Bürger der Rheinländer haben sich an dem Gemehle des bestimmt:

nicht beteiligt. Die Kölner hatten sogar ihre jüdischen Mitbürgen vier Tage in ihren eigenen Häusern verborgen.

Manche Einzelheiten in diesen Berichten, bemerkst die Kölnische Zeitung, mögen übertrieben sein; aber in der Hauptzüge sind alle die Greuel verblbt worden und haben sich in der Folge bei jedem Kreuzzuge wiederholt, wie namentlich beim Ausbruch des Schwarzen Todes in der Mitte des 14. Jahrhunderts. Die Vorwände waren immer dieselben: die Juden hätten Christenkindern geschlachtet, die Brunnen vergiftet, Hostien gestohlen etc., Kaiserliche Befehle wie päpstliche Bullen, zum Schutz der Juden erlassen, halfen nichts gegen die Wuth des umherziehenden Gesindels. Denn diesem vornehmlich fallen die Greuel zur Last; die Bürgerlichkeit, namentlich in Köln, bekehrte sich fast nie an denselben. Wir lassen aus dem erwähnten Buch noch folgende Stelle folgen über die Selbstverbrennung der jüdischen Gemeinde in Köln:

Aufgang August 1349 entstanden ringsum in allen Städten und Dörfern des Erzbistums Köln Ausläufe, das Landvolk fiel über die Juden her und erschlug fast alle; 44 jüdische Gemeinden werden im Erzbistum Köln namhaft gemacht, die der Wuth des Pöbels zum Opfer fielen, nämlich: Andernach, Bonn, Linz, Ahrweiler, Sinzig, Remagen, Lechenich, Kerpen, Olken, Birgel, Linzich, Aldenhoven, Rödingen, Euskirchen, Holzweiler, Gladbach, Erkelenz, Düren, Kempen, Uerdingen, Neuss, Heimbach, Monheim, Mörs, Xanten, Stommeln, Broich, Dormagen, Bördich, Nymwegen, Ahrweiler, Arnsheim, Zülpich, Zons, Deventer, Mecheln, Münsterseif, Gerolstein, Hillesheim, Elten, Siegburg, Blankenburg, Hachenburg und Deutz.

Vor dahin war es dem Rath gelungen, das Unheil von den Juden in der Stadt Köln abzuwenden. Es war aber vorauszusehen, daß die städtische Verwaltung auf die Dauer zu schwach sei, den raubgierigen Rotten nachhaltigen Widerstand zu leisten. Am Vorabende des Sanct Bartholomäustages, am 23. Aug., hielten die Altesten der Judengemeinde in der Borausicht des ihnen bevorstehenden Blutbades unter sich Rath und beschlossen, Feuer an ihre Häuser zu legen und sich mit Weib und Kind, Hab und Gut den Flammen preiszugeben. Der städtische, von auswärtigem Gesindel verstärkte Pöbel schaute nur noch das Tageslicht und erwartete die Nacht, um als Würgengel das Werk im Finstern zu vollbringen. So brach denn auch über die Stadtkölnischen Juden das herbe Geschick herein. Von allen Seiten wurden die hölzernen Thore, die nur geringen Widerstand leisteten, gesprengt, die quer über die Straßen geogenen Sperrketten zerstört und dahin ergoss sich ein unaushaltbarer Strom blutig-iger Menschen, mordend und plündерnd. Weder Mann noch Weib, weder Greis noch Kind, weder Jungling noch Jungfrau sollten geschont werden, schon mancher Todestrug verhälte in dem Gebüll der wutshauenden Rote. Da — plötzlich weicht diese von ihrem kaum begonnenen Blutbandwerk zurück, von allen Seiten Zingeln flammen auf, die Häuser brennen an allen Enden, das ganze Judentum bildet ein Feuermeer. Die Judentumskölns — mehrere tausend Seelen zählend — hat es vorgezogen, sich selbst dem Tode zu weihen, oder wie ein Schriftsteller jener Zeit berichtet, „sich selbst mit Weibern und Kindern zum Brandopfer gebracht, um der gezwungenen Taufe zu entgehen“.

Bom preußischen Landtage.

* Berlin, 26. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht zunächst die erste Beratung des Antrages des Hrn. v. Schorlemmer-Alst auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend die Vererbung der Landgüter in der Provinz Westfalen und in den rheinischen Kreisen Rees, Eissen, Duisburg und Mülheim an der Ruhr.

Abg. v. Schorlemmer-Alst:

Die Tendenz, den Mittelstand zu heben und, wo er untergegangen, ihn aufs neue herzustellen, ist allseitig als berechtigt anerkannt. Das will auch mein Entwurf, er will zunächst den mittleren Grundbesitz erhalten. Den freien Bauernstand zunächst in der Provinz Westfalen will ich erhalten wissen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß, wo ein freier Bauernstand existiert, auch ein zufriedener ländlicher Arbeitersstand vorhanden ist. Der freie Bauernstand ist zugleich der stärkste Damm gegen die Socialdemokratie und der beste Träger eines gesunden Conservatismus und wahrer communaler Freiheit. Ist man bemüht, in denjenigen Landesteilen, in welchen der mittlere Grundbesitz — zugleich die beste Quelle landwirtschaftlicher Arbeitskräfte — meist zu Grunde gegangen ist oder ganz fehlt, einen Bauernstand zu schaffen, und erkennen alle Einsichtigen die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit an, dieses Problem zu lösen, so ist gewiß die Erhaltung des Mittelstandes im Grundbesitz in einer Provinz, wo derselbe noch besteht, eine gebotene Pflicht für Staat und Gesellschaft. Aus diesen Gründen ist der Entwurf eines die Erhaltung des mittleren Grundbesitzes fördernden Gesetzes im Interesse des Gemeinwohles dringend geboten. Um diesen Zweck zu erreichen, muß bei Erlass eines solchen Gesetzes den Auffassungen, Rechtsgewohnheiten und Wünschen des Volksstammes wie des beteiligten Standes Rechnung getragen werden.

Gegen den Entwurf könnten nur diejenigen Großgrundbesitzer sein, welche ein so schlechtes Herz haben, daß sie nur Bauergüter auslaufen wollen, um ihren Besitz zu vergrößern. Das Gesetz hält an drei Prinzipien fest. Es fordert eine provinzielle Gesetzgebung, es läßt dem Besitzer nach Möglichkeit freie Disposition und ist schließlich nur facultativ. Es ist ferner eine Minimalgrenze für die Disposition geogen, um keinen Miterben zu schädigen. Alle sonstigen Mittel zur Erhaltung des ländlichen Grundbesitzes, Pfandbriefinstitute, Hypothekenbanken, Realcredit etc. werden sich in diesen Landesteilen nicht als wirksam erweisen; ein Gesetz wie das von uns eingebrachte ist durchaus notwendig. Die wichtigsten und einschneidendsten Bestimmungen derselben befinden sich in folgenden Paragraphen:

§. 4. Für diejenigen Chen, in welchen allgemeine Gütergemeinschaft gilt, wird in Betreff der Landgüter folgen-

a) die Dispositionsbefugniß des Chehaunes in stehen der Ehe ist dahin beschränkt, daß er Landgüter ohne Einwilligung der Chefrau weder ganz oder zum Theil veräußern, noch auch belasten kann;

b) bei beerbter Ehe hat der überlebende Ehegatte nur Verwaltung und Missbrauch und zwar bis zu seinem Tode, wenn er nicht wieder heiratet. Schreitet derselbe zur andern Ehe, so dauerst sein Verwaltungs- und Missbrauchsrecht für die Landgüter, die nicht von ihm herrühren, beziehungsweise nicht gemeinschaftlich von den Ehegatten erworben sind, nur bis zum vollendeten 30. Lebensjahr des Anerbten;

c) bei unbeerbter Ehe ist der überlebende Ehegatte der Universalerbe des Verstorbenen;

d) im Falle der Wiederverheirathung eines überlebenden Ehegatten ist bezüglich der diesem Gesetz unterworfenen Landgüter eine Schiedung und Theilung nicht erforderlich, wohl aber die Auflistung eines Inventars.

§. 5. An den Landgütern findet in Erwähnung geltiger lebenslanger Verpflichtungen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen ein beworngtes Erbrecht (das Anerbenecht) eines der Miterben statt:

a) der gesetzliche Anerben ist der älteste unter sämtlichen Miterben männlichen Geschlechts und in Erwähnung der Miterben die älteste Miterbin weiblichen Geschlechts. Jedoch geht die Nachkommenchaft beiderlei Geschlechts des ältern Sohnes den jüngern Söhnen und ebenso die Nachkommenchaft der älteren Tochter beiderlei Geschlechts den jüngeren Töchtern vor;

b) wenn der Erblasser im Witwenstande ohne Leibeserben zu hinterlassen gestorben ist und das Landgut von dem verstorbenen Ehegatten herläuft, so geht das Anerbenecht auf die Erben des verstorbenen Ehegatten über;

c) Adoptivkinder werden zu den Abkömmlingen gerechnet, jedoch gehen leibliche Kinder und deren Nachkommen den Adoptivkindern und deren Nachkommen vor;

d) legitimisierte Kinder stehen dem ehrlichen gleich. Uneheliche nicht legitimisierte Kinder sind nicht anerbenberechtigt;

e) Wahn- oder Blödsinnige, gerichtlich für Verchwender erklärt, Miterben und die wegen entziehender Verbrechen zu Buchthausstrafe Verurteilten unter den Miterben stehen allen übrigen Miterben rücksichtlich des Anerbenechtes nach.

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Lucius:

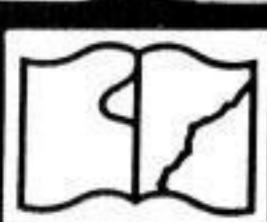
Meine Herren! Der Antrag des Hrn. v. Schorlemmer-Alst verlangt die gesetzliche Bestimmung zu einem Entwurf, welcher bestimmt ist, die Intestativererbung der Landgüter in der Provinz Westfalen und den landrechtslichen Kreisen der Rheinprovinz zu regulieren. Der Herr Abgeordnete hat seinen Antrag hauptsächlich dahin motiviert, daß ein allgemeines Interesse vorliege, einen leistungsfähigen mittleren Bauernstand zu erhalten. Ich nehm einen Ausstand, vom agrarpolitischen Standpunkte sowol wie nach meiner persönlichen Auffassung meine volle Sympathie mit der Tendenz dieses Antrages auszudrücken. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.) Ich glaube allerdings, daß ein hohes allgemeines Interesse vorhanden ist, nicht bloss den großen und kleinen, sondern besonders auch den mittleren Grundbesitz als einen lebhaften, leistungsfähigen und dauernden zu erhalten, als einen, der für die Existenz des Staates von der höchsten politischen und wirtschaftlichen Bedeutung ist. (Bravos!) Nach Lage der Sache glaube ich, ist es unbedingt nötig, daß ein Gesetzentwurf, der sich nicht bloss auf das bäuerliche Erbrecht beschränkt, jedenfalls eine genaue juristische Prüfung zunächst finden muß. Diese Prüfung ist um so nötiger in einer Zeit, wo bekanntlich die Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches in Angriff genommen ist, welches auch das Erbrecht in sich begreifen muß. Es wird ferner, ehe die Staatsregierung in der Lage sein kann, als solche zu dem Entwurf Stellung zu nehmen, wie auch der Antragsteller selbst richtig hervorgehoben hat, nötig sein. Über diese Verhältnisse die Provinziallandtage zu hören, ferner die Provinzialbehörden und die Obergerichte der Provinz Westfalen und des Rheinlandes darüber gutachthalich sich äußern zu lassen. Ohne diese Voraussetzungen ist sie zur Zeit nicht in der Lage, überhaupt eine bestimmte Erklärung abzugeben, und kann ich mir nach Lage der Sache auch kaum einen praktischen Erfolg davon versprechen, wenn eine commissarische Bevollmächtigung jetzt schon stattfinden sollte, ehe diese notwendige Ermittlungen angestellt sind.

Abg. Dr. Köhler:

Wie der Antrag hier vorliegt, ist er für uns völlig unannehmbar, ich glaube aber auch, daß er in einer Kommission nicht gefördert wird. Die tiefsinnendsten gesetzlichen Veränderungen, die das Gesetz in sich begreift, sind von uns nicht zu übersehen. Ich erlaube mir daher, zu gleich namens einer Anzahl meiner Freunde, den Antrag zu stellen, den Entwurf der Staatsregierung zur Erwägung zu überreichen, welche gesetzlichen Bestimmungen eventuell zur Regelung des westfälischen Bauergüterrechts zu treffen seien.

Abg. Dr. Miquel:

Ich wäre dafür, den Gesetzentwurf der Regierung zu überweisen mit der Aufforderung, einen allgemeinen Entwurf über die Vererbung der Landgüter im Sinne dieses Gesetzes vorzulegen. Diesen Antrag möchte ich darum annehmen wissen, weil wir uns dadurch zugleich materiell über die Vorlage äußern und unsere Zustimmung zu dem Entwurf des Hrn. v. Schorlemmer aussprechen. Darum möchte ich auch aufs entschiedenste vor Annahme des Antrages meines Landsmannes Köhler warnen. Ich bin zu der festen Überzeugung gekommen, daß das Römische Recht für unsern Bauernstand absolut nicht passt. (Sehr wahr!) Wir schaffen uns jetzt gegen den Willen der römischen Juristen ein deutsches, nationales, unsterblich wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechendes Recht. Die römischen Erbrechtsbestimmungen passen nicht für uns, am wenigsten für unsere Bauergüter, weil sie nicht nur die Abschöpfung derselben nach Kapitalwert, sondern sogar nach dem Verlaufswert erzwingen wollen. Wir wollen gerade den Verlauf verhindern. Die Stelle des kapitalen Wertes muß der Ertragswert gesetzt werden, das liegt in der Natur der Bauernwirtschaft, ebenso auch, daß der Hof ungeteilt bleibt. Materiell sind die Bauergüter unteilbar. Die Gebäude entsprechen der Grundfläche, der Hof ist in dieser Größe häufig, die Lasten zu tragen und den Unterhalt der andern Ebene außerhalb des Hofs aufzubringen. Das formale Recht der Juristen mag sich uns-



entgegenstellen, so viel es will, das materielle Recht ist auf unserer Seite und wird darum auch durchdringen.

Abg. Dr. Haniel:

Mr. v. Schorlemer will zu einem Zwangsgesetz übergeben, auf diesem Wege können wir ihm nicht folgen. Nach dem §. 5 würde ja ein beerbter Theil vor dem Tode des andern Theiles jede Disposition selbst über die von ihm in die Erbe eingebrachten Güter verlieren, nur Nutzung und Verwaltung soll ihm verbleiben. Das sind gerade unmögliche Verhältnisse, ebenso die Ausdehnung des Anerbenrechts auf die ganze erbsame Familie. Solche Bestimmungen müssen entweder missverständlich redigirt sein, oder sie bezwecken in der That, ganz abnorme Zustände herbeizuführen, die kein Volksfreund gutheißen kann und darf.

Justizminister Dr. Friedberg:

Als Justizminister würde ich mir den Vorwurf großer Voreile ziehen, wenn ich heute schon an fond des Entwurfs eingehen wollte; ich habe zuvor die Berichterstattung der zuständigen obersten Justizbehörden zu erwarten; ich gebe deshalb auch auf die Bedenken gegen den Entwurf nicht ein, erkläre aber, dass von Seiten der Justizverwaltung, soweit ich die Tendenz als eine wohlthätige anerkennen kann, dem Entwurf mit voller Hingabe alle Förderung zutheil werden soll. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Cuny bittet, den Antrag Miquel anzunehmen.

Abg. Schellwitz ist mit der Tendenz des Antrages v. Schorlemer einverstanden.

Abg. Graf Winzingerode:

Er heiße den Entwurf im ganzen im vollen Maße willkommen, könne jedoch auch nur wünschen, dass derselbe zunächst seinen Weg durch die nächstbestellten Organe mache, die zu seiner Prüfung berufen sind.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Auf Anregung des Abg. Dr. Köhler richtet der Präsident an das Haus die Frage, ob, entgegen den Bestimmungen der Geschäftsvorordnung, schon heute über die zu dem Entwurf gestellten Anträge beschlossen werden solle. Da Abg. Parisis widerspricht, wird die Abstimmung bis zu der im Plenum erfolgten zweiten Lesung verschoben.

Hierauf wird die Sitzung bis morgen 11 Uhr vertagt. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer; Bereidigung der neu eingetretenen Mitglieder; erste Verhandlung des Ausführungsgesetzes zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte; Fortsetzung der Staatsberathung: directe und indirecte Steuern.

Deutsches Reich.

Offiziös wird aus Berlin vom 26. Nov. berichtet: „Der Wunsch des dänischen Königs-paares, das Incognito soviel als möglich zu währen, d. h. so wenig als möglich offizielle Festschleifen, ihrerseits veranstaltet zu sehen, ist von unserm Königlichen Hause vollkommen respectirt worden. Es wird demnach auch beim Eintreffen im königlichen Schlosse kein offizieller Empfang statthaben, sondern die dänischen Herrschaften werden ihr Logis einnehmen und von dort aus etwas später, wie dies bei allen Gästen am königlichen Hofe Sitte ist, dem Kaiserpaare und den Mitgliedern der königlichen Familie ihre Besuche abstatten und deren Gegenvisiten empfangen. Das Diner wird ebenfalls im kleinen Kreise im kaiserlichen Palais stattfinden, und erst abends im Opernhaus wird der Hof mit seinen Gästen für das größere Publikum sichtbar sein. Der König und die Königin von Dänemark werden, von Frankfurt a. M. kommend, am Freitag früh 7½ Uhr in Berlin eintreffen und dürfen, dem Vernehmen nach, bis zum Sonnabend in Berlin bleiben.“

Der Kölnerischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 25. Nov.: „Der bevorstehende Besuch des Königs von Dänemark am heiligen Hofe wird in unterrichteten Kreisen als ein Act der Courtoisie angesehen, der die guten und freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur befestigen könnte. Die Bedeutung des Besuches unter diesem Gesichtspunkte wird keineswegs unterschätzt. Dagegen ist von anderweitigen politischen Zwecken, die dem Besuch in einigen Blättern zugeschrieben werden, bis jetzt nichts bekannt.“ Eine andere berliner Correspondenz desselben Blattes erinnert daran, dass der Kronprinz des Deutschen Reiches, als er vor einigen Jahren aus Schweden zurückkehrte, zum Besuch an den dänischen Hof geladen und an denselben besonders freundlich empfangen wurde.

Der Schlesischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 24. Nov.: „Das als nahe bevorstehend signalisierte Eintreffen unsers Botschafters am wiener Hofe, des Prinzen Reuß, wird hier um deswillen besonders bemerkt, weil man — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — in der Ankunft dieses Diplomaten ein Zeichen des nahen wenn nicht schon erfolgten Abschlusses der Verhandlungen mit Rom erblicken zu dürfen glaubt. Mit der Führung dieser Unterhandlungen waren die Vertreter des Deutschen Reiches und der Römischen Curie in Wien in aller Form betraut worden. Die ersten vertraulichen Pourparlers zwischen dem Botschafter und dem Runtius, welche dann auf den Wunsch des letztern allmählich einen amtlichen Charakter annahmen, sollen bereits längere Zeit zurückdatieren; lebhafte gestalteten dieselben sich jedoch erst nach dem Besuch, welchen vor einigen Monaten der Cardinal Jacobini dem Fürsten-Reichskanzler

in Gastein abstattete. Der nach Wien entsandte Geheimrat Hübler vom Cultusministerium ist dort keineswegs als Bevollmächtigter unserer Regierung, sondern nur als Berater des Botschafters in gewissen kirchenpolitischen Fragen thätig gewesen. Es heißt, dass Prinz Reuß sich alsbald nach seiner Ankunft in Berlin zum Fürsten-Reichskanzler nach Varzin begeben werde.“

— In einem Briefe des Hamburgischen Correspondenten, welcher das Thema von der letzten Wendung der Bismarck'schen Politik behandelt, heißt es:

Es ist eine durchaus irrite Aussage, dass Fürst Bismarck die Allianz mit Österreich-Ungarn gefügt habe, um Deutschland vor der Feindschaft des russischen Nachbarn zu schützen. In Wirklichkeit lag die Sache so, dass Russland sich nur den Schein gab, Deutschland zu bedrohen, um Österreich zu isolieren. Wenn Fürst Bismarck den Schein für Wirklichkeit nahm, so geschah das nur, um die Argumente zu verdecken, denen er sich bediente, als es galt, einen Umschwung in der deutschen Politik herbeizuführen, der in seiner Bedeutung nur mit demjenigen des Jahres 1866 verglichen werden kann. Die Politik der Drohungen — der militärischen sowol wie der politischen — gab dem deutschen Reichskanzler den Hebel in die Hand, um Russland ein für allemal in seine Schranken zurückzuweisen. Die Anhäufung russischer Cavalierieregimenter in der Nähe unserer Ostgrenze hat den deutschen Generalstab nicht vermocht, auch nur eine einzige Dislocation preußischer Regimenter zu veranlassen. Und auf der andern Seite hat das Spielen des Fürsten Gortschakov mit dem Gedanken einer russisch-französischen Allianz bei dem deutschen Diplomaten einen Sucoo d'illarist gehabt, den in seiner Lebensgeschichte den größten Fehltritt markt, welchen er in seiner langjährigen amtlichen Thätigkeit begangen bat. Und als die Versuche mißlungen waren, musste die beispiellose Heze der russischen Presse gegen den deutschen Reichskanzler und seine Politik die Niederlage des Fürsten Gortschakov vollständig machen. Das alle für die deutsche Politik maßgebenden Kreise mit gleichem Missfallen dieses Verhalten Russlands wahnen, verstehen sich von selbst; eine Divergenz der Auffassung trat erst vorher, als es sich darum handelte, festzustellen, welche Schlüsse das Deutsche Reich für seine künftigen Beziehungen zu Russland aus dem Vorgefallenen zu ziehen habe. Es wäre möglich gewesen über den Zwischenfall wie über eine augenblickliche Beirührung eines alten Freunden hinwegzugehen. Fürst Bismarck stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Für ihn waren die Erfahrungen des Sommers 1879 nur die Vervollständigung derjenigen, welche während des Frühjahrs 1878 und unmittelbar vor und während des Berliner Congresses gemacht hatte. Fürst Bismarck hatte die Überzeugung gewonnen, dass das Russland des Gortschakov, Ignatius u. c. eine Macht ist, mit der dauerhaften, auch in kritischen Zeiten vorhaltende politische Beziehungen nicht aufrecht zu erhalten sind, weil sie, noch immer in den Traditionen der Zeit des Kaisers Nikolaus befangen, jeden Augenblick bereit ist, die Ansichten auf ihre Freunde denjenigen unterzuordnen, welche ihr durch die Furcht vor einem möglichen Gegner anserlegt werden. In der Geschichte des letzten russisch-türkischen Krieges wird die Treulosigkeit der russischen Politik ihren Freunden und namentlich ihren Verbündeten gegenüber ein eigenes Kapitel beanspruchen. Geradezu schämend ist das Verfahren der russischen Regierung dem befreundeten Rumänien gegenüber. Dieselbe Macht, welche bei Beginn des Krieges, als sie Rumänien zur Theilnahme an demselben zwang, die Verpflichtung übernahm, die Integrität des Verbliebenen zu wahren, stipulierte in dem Präliminartrieden von San-Stefano ohne Vorbehalt, dass Rumänien einen Theil seines Gebietes an Russland abtreten müsse, ohne jeden andern Grund, als weil Dessaabien bis zum Frieden von Paris russisches Eigentum gewesen sei. War das nicht ganz dasselbe, wie wenn Preußen, nachdem es in Rilosburg das Schutz- und Trutzblubniss mit Bayern geschlossen hätte, in der Folge die Rückgabe von Ansbach und Bayreuth verlangt hätte, weil diese Gebietsteile früher einmal im preußischen Besitz gewesen seien? Dieser Eine Zug ließ erkennen, wessen sich Deutschland von dem russischen Freunde zu versetzen hatte, wenn es diesem gelang, Missionen zwischen Deutschland und Österreich zu werden, um letzteres durch Drohung im Osten, ersteres durch die französische Drohung im Westen in Schach zu halten. Durch das deutsch-österreichische Bündniß jerris Fürst Bismarck dieses seingespommene Netz — nicht um Drohung durch Drohung zu beantworten, sondern um die deutsche Politik von dem unverlässigen Freunde, sondern um die deutsche Politik, dass Russland und in Petersburg die Überzeugung wach zu rufen, dass Russland, wenn es gute und freundliche Beziehungen zu Deutschland erhält, nicht allein der gebende, sondern auch der empfangende Theil sei. Wie der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien und Berlin beweist, hat Russland die ihm ertheilte Lection verstanden. Und so konnte der deutsche Reichskanzler klarlich mit Befriedigung constatiren, das Verhalten des petersburger Hofs zeige, dass er (Fürst Bismarck) „seine Russen“ richtig beurtheilt habe.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet aus Berlin vom 26. Nov.: „Die Besprechungen mit den österreichisch-ungarischen Delegirten über die künftige Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sind gestern zu Ende geführt worden, nachdem der nächste Zweck, Klarheit über die beiderseitigen Stellungen in der Frage zu gewinnen, erreicht war. Bei diesen Besprechungen kam auch die Frage zur Erörterung, inwieweit der jetzt bestehende, am 31. Dec. d. J. ablaufende Vertrag über diesen Termin hinaus zu verlängern sei. In dieser Hinsicht haben die Besprechungen zu einem Abschluss noch nicht geführt, da die österreichisch-ungarischen Commissare nicht in der Lage waren, auf die von deutscher Seite gemachten Vorschläge ohne vorgängige Einholung einer Instruction bindende Erklärungen abzugeben.“

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Wie wir kurz vor Schluss des Blattes erfahren, haben die hier weilen österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten, welche

aber die weitere Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu verhandeln hatten, Berlin bereits wieder verlassen. Durch diese Abreise ist constatirt, dass die Unterhandlungen über diesen Gegenstand zur Zeit tatsächlich unterbrochen sind. Es ist wahrscheinlich damit ein völliger Abbruch der Unterhandlungen verbunden, da angenommen werden muss, dass die österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten demnächst schon nach Einholung neuer Instructionen beauftragt werden dürften, die unterbrochenen Negociationen wieder aufzunehmen.“

Der Weser-Zeitung meldet man aus Berlin vom 26. Nov.: „Die Verhandlungen der Zollkonferenz wegen Verlängerung des Handelsvertrages mit Österreich sind vorläufig gescheitert, da die österreichischen Bevollmächtigten die Aufrechthaltung der Zollfreiheit von Kohleinen und die Nichtbeschlagnahme von Eisenbahnmaterial beanspruchen. Die Verhandlungen sollen auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.“

Die Neue Preußische Zeitung spricht sich gegen die Ehen zwischen Christen und Juden aus und verwerthet dabei Folgendes: „In seinen Unterhaltungen mit Goethe erzählt Kanzler Müller: er sei eines Tages zu Goethe gekommen, und da er kaum ins Zimmer getreten sei, habe der alte Herr seinen leidenschaftlichen Born ausgeschüttet über das neue Judengesetz im Herzogthum Weimar (vom 20. Juni 1823), welches Ehen zwischen Juden und Christen gestattete. Er sah die schlimmsten und ärgerlichsten Folgen desselben voraus, behauptete, dass, wenn der Generalsuperintendent Charakter habe, er sein Amt eher niederlegen müsse, als dass er in der Kirche eine Jüdin segne im Namen der heiligen Dreieinigkeit. Alle sittlichen Gefühle in den Familien, welche doch ganz auf den religiösen ruhten, würden durch ein solches Gesetz untergraben werden!“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten der in Form eines Flugblattes mit dem Titel „Ein Wort an die Armen“ in London herausgegebene Separatabdruck von den in der am 15. Nov. 1879 erschienenen Nummer der zu London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ enthaltenen Artikeln: „Hungerthypus“, „Verichtet die Infamie“ und „Es lebe die Ordnung“, welchem sich eine Empfehlung der „Freiheit“ anschließt.

Preußen. In Betreff der Garantieforderungen bei dem Ankauf der Eisenbahnen haben sich die National-Liberalen, Conservativen und Freiconservativen in einer Conferenz bei dem Minister Maybach über folgende Vorschläge geeinigt:

Der Minister setzt die Tarife fest. Ein Landes-Eisenbahnrat, aus den Vertretern der Industrie, des Handels, der Gewerbe, der Landwirtschaft und andern Interessenskreisen, Mitgliedern der beiden Landtagshäuser und den Vertretern der einzelnen Provinzen, gewählt durch die Provinzialstände, wird niedergelegt. Der Eisenbahnrat, für welchen ein besonderes Reglement ausgearbeitet wird, hat nur eine consultative Stimme und muss die von dem Minister erlassenen und vorher zu publicirenden Tarife und andere Eisenbahnangelegenheiten prüfen und dem Minister ein Gutachten abgeben. Dem Minister bleibt die Ausführung oder Nichtausführung des Votums des Eisenbahnrates überlassen. Dem Landtage sind alljährlich die erlossenen Normaltarife als Staatsanlage beigegeben befuß der öffentlichen Diskussion derselben. Dem Landtage wird ein begutachtendes Votum eingeräumt. Die von Miquel entworfenen finanziellen Garantien verlangen eine gesonderte Kasse der Eisenbahnverwaltung, sowie die Werbung etwaiger Überschüsse theils zur Schuldenentlastung, theils zur Bildung eines Reservefonds.

— Die Provinzial-Correspondenz bespricht den Gesetzentwurf betreffend die Aufbringung der Gemeindeabgaben. Sie bemerkt unter anderm:

Die Gegner des Entwurfs in seiner vorliegenden Gestalt sehen sich aus drei Klassen zusammen. Die erste Klasse bildet solche, welche nur an Einzelheiten des Entwurfs Anstoß nehmen. Die zweite Klasse sind solche, welche den Grundzähler der unbedingten oder doch möglichst ausgegebenen Autonomie (Selbstgesetzgebung) der Gemeinden für die Aufbringung ihrer Bedürfnisse wahren möchten. Die dritte Klasse sind endlich solche, welche an dem vorliegenden Entwurf die folgerichtig Durchführung eines Grundzählers, sei es in der Gemeinschaft, sei es in der Theilung der Einnahmequellen zwischen Staat und Gemeinde, vermissen.

Mit der ersten Klasse von Gegnern wird hoffentlich die Verständigung schon innerhalb der Commissionserörterung gelingen. Gegenüber der zweiten Klasse, deren Vermerkung der Vorschlag auf einer unter den heutigen Staatsverhältnissen unabhängigen Schuldenneinigung beruht, ist die Hoffnung begründet, dass auch sie das Gewicht der ihrer Ansicht entgegenstehenden tatsächlichen Schwierigkeiten nicht verkennt werde. Mit der dritten Klasse ist wiederum auf eine Verständigung zu hoffen, sofern nämlich diejenigen, denen es vor allem um einen folgerichtigen Grundzähler zu thun ist, sich der Erwagung nicht verschließen, dass die Vereinbarung über den richtigen Grundzähler, noch mehr aber die Einführung desselben in die Gesamtheit der bestehenden praktischen Verhältnisse zur Zeit nicht thunlich und für die Zukunft ein weit ausschendes Unternehmen ist, auf welches die Regelung der Gemeindesteuerverhältnisse aus den schon angegebenen Gründen unmöglich warten kann.

— In der am 26. Nov. abgehaltenen Sitzung der Budgetcommission wurde der vorbehaltene Titel des Extraordinariums des Eisenbahnrats betreffend den Bau des frankfurter Bahnhofes genehmigt und ebenso der Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Domburger Eisenbahn.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die Berliner Zeitung will die Wahrheit ihrer Nachricht über eine von dem Staatsminister Dr. Lucius in Bezug auf den Cultusminister gehane Auszehrung aufrecht halten. Wie sind autorist, diese Nachricht aus neuer für eine Erfindung zu erklären.“

— Mit großer Erregung zieht der hochconservative Reichsbote gegen die Entscheidung des Consistoriums im Hause Werner zu Felde. Er sieht voraus, daß binnen wenigen Jahren die meisten Kirchen Berlins mit Protestantvereinern besetzt sein werden.

— Die Magdeburgische Zeitung berichtet aus Magdeburg vom 26. Nov. über eine zur Besprechung der Reichstagswahl einberufene Versammlung der Fortschrittspartei, vor welcher Eisenbahndirector Büchtemann seine Candidatenrede hielt. Das Blatt schildert dieselbe in folgendem:

Er hebt zunächst hervor, daß in hiesigen Wahlkreise, wo es ihm gelungen sei, sich so lange Jahre hindurch das Vertrauen seiner Wähler zu erhalten, es für einen Wahlkandidaten, welcher neu eintrete, doppelt schwer werde; deshalb erscheine geboten, sich nach allen Seiten hin über die schwierigen Fragen schlüssig zu machen. Die Complications seien heutzutage andere als vor einigen Jahren. Der Reichskanzler habe damals gesagt, man müsse Deutschland in den Sattel helfen, reiten werde es dann schon. Allein derselbe habe die Lage der Dinge unterschätzt, und die Reibungen seien größer geworden, als er annahm. Die frühere hauptsächlichste Aufgabe der liberalen Parteien, die Mitarbeit an der deutschen Frage und dem Ausbau des Deutschen Reiches, hätte sich zugleich als Machtfrage entwickelt, welche ein wechselndes Verhalten der Staatsgewalt erzeugt und zu Versuchen mit den verschiedensten Parteien geführt hätte. Der Redner schildert eingehend die verschiedenen Phasen im Verhalten der deutschen Reichsregierung und sucht auf Grund dessen zu begründen, daß, wie er ausgesprochen, die bisherigen liberalen Parteien sich einer neuen Organisation zu unterwerfen hätten, welche er erstreben werde. Bis dahin werde er sich der Fortschrittspartei, der ihm unter den gegenwärtigen staatlichen Verhältnissen am zweckmäßigsten erscheinenden, als Hospitant anschließen, obwohl er nicht dem extremen Rufe: „Fort mit Bismarck!“ zustimme, was überhaupt, wie auch von Hrn. Listemann anerkannt sei, nicht als Parteiparole zu betrachten sei. Auch die national-liberale Partei sei nicht mehr so in sich geschlossen, wie man behaupten wolle, und auch sie werde sich mit der Zeit einer Neuorganisation nicht entziehen können. Der Redner geht sodann auf die staatliche Wirtschaftspolitik ein und sucht eingehend nachzuweisen, daß eine wirtschaftliche Freiheit ohne politische Freiheit nicht möglich sei, und daß von je das Blühen der einen die Lebensbedingung der anderen gewesen sei. Mit der geplanten Verstaatlichung der Eisenbahnen beginnend, sucht er auf Grund zahlreicher ziffernmäßiger Berechnungen nachzuweisen, wie consequenterweise Schiffahrt, Versicherungswesen, Bergbau &c. ausschließlich in die Hand des Staates übergehen müßten. So würde ein Zustand geschaffen werden, welchen ein wahrhaft liberaler Mann entgegenwürde, da die Entstehung eines immer größeren Desseits in Aussicht stehe und ein immer mehr um sich greisendes Auffischerecht des Staates über alle bürgerlichen Verhältnisse die Folge sein müßte.

— Schon vor dem Großfürsten Alexander hatte sich Prinz Peter von Oldenburg längere Zeit in Wien aufgehalten. Er ist ebenfalls nach Petersburg zurückgekehrt, und zwar, wie behauptet wird, mit einem ausführlichen gebrüten Memorandum, in das bisher nur seine intimen Freunde Einsicht zu nehmen Gelegenheit hatten und in dem ein Appell an den Kaisers Bismarck gerichtet sein soll, er möge mit dem Beispiel einer partiellen Abrüstung allen Staaten vorangehen. Prinz Peter ist bekanntlich einer der wenigen, aber um so entzückter Friedensapostel Russlands.“

— Über das Memorandum, welches die Herren Rieger, Lobkowitz und Schrom namens des Czechenclubs am 17. Nov. dem Kaiser überreicht haben, liegt in einem ultramontanen tiroler Blatte, den Neuen Tiroler Stimmen, folgende Analyse vor:

Das Memorandum behandelt vor allem die Frage, wie die staatsgrundgesetzlich ohnehin ausgesprochene nationale Gleichberechtigung in Böhmen, Mähren und Schlesien tatsächlich verwirklicht und durch Maßregeln und administrative Verflegungen einerseits in der Verwaltung und Justiz, andererseits in Sachen des Unterrichts und der Schule durchgeführt werden soll. Das Memorandum verlangt in ersterer Beziehung, daß der alte Grundsatz respektiert und alle Eingaben bei den politischen wie den Gerichtsbehörden in derselben Sprache erledigt werden, in welcher sie eingebracht worden, daß die Protokolle und alle daraus erfolgenden Verhandlungen mit böhmischen Parteien böhmisch, mit deutschen deutsch gelesen werden sollen. Desgleichen wird der Wunsch ausgesprochen, daß in böhmischen Kreisen die behördlichen Erlasse und Verlautbarungen in böhmischer, in deutschen Gegenden in deutscher Sprache, sonst aber in beiden Mundarten stattfinden mögen. Be treffs des Schulwesens wird verlangt, daß in rein böhmischen Bezirken eine Anzahl neuer Mittelschulen mit böhmischer Unterrichtssprache in derselben Weise auf Staatskosten errichtet und unterhalten werden solle, wie dieses gegenwärtig in den deutschen Bezirken in umfassender Weise mit den deutschen Schulen geschieht, während böhmische Bezirke und böhmische Städte bis jetzt vielfach sich gezwungen sehen, berief Unterrichtsanstalten auf eigene Gemeinde- oder Privatkosten zu begründen und zu unterhalten. Dass in gemischten Bezirken Parallelklassen auch für die böhmischen Schüler errichtet werden mögen, wird als selbstverständlicher Wunsch angesehen. Dagegen wird der Geschichtsunterricht der prager Universität mit seinem Worte erwähnt und lediglich nebenbei die Bitte gestellt, daß einige namentlich angeführte Lehrgegenstände künftig mit böhmischen Dozenten besetzt und im ganzen das bisherige System, mit Vorliebe Ausländer an die prager Universität zu berufen, verlassen werden möge, insoweit lange geeignete einheimische Kräfte in genügender Zahl vorhanden sind.

Frankreich.

* Paris, 25. Nov. Die République française schreibt: „Es ist wol überflüssig, zu sagen, wie sehr wir die gegenwärtigen Unruhen in Irland bedauern. Es wird uns jedoch erlaubt sein, ohne deshalb über die Schwierigkeiten, worauf die englische Regierung steht, triumphieren zu wollen, mit patriotischem Wohlgefallen die vollommene Ordnung und Ruhe, welche von einem Ende Frankreichs bis zum andern herrschen, hervorzuheben. Von Zeit zu Zeit liest man in den englischen Blättern lächerliche Informationen über den Zustand der Parteien in Frankreich, welche der Republic feindselig entgegentreten, über die Pläne, die sie schmieden, über die Gefahren, welchen unsere politischen Einrichtungen ausgesetzt sind. Gewisse Correspondenten suchen ihre Landsleute, die Engländer, zu überreden,

dass kein Volk solidere Einrichtungen besitzt wie England, und besser geführt ist gegen das Unstüfige, das bei allen irischen Dingen vorkommt. Nun aber muss man zugestehen, dass gerade die älteste monarchische Regierung, die in Europa am weitesten organisierte Regierung auf gewisse brennende Fragen stößt, die dort mit mehr Leidenschaftlichkeit als irgend sonstwo verhandelt werden. Man muss also zugeben, dass der Arbeitercongres in Marseille oder das Banket in Châlons für die Regierung der französischen Republik gar winzig kleine Verlegenheiten sind im Vergleich mit der Aufregung, welche die öffentliche Ruhe jenseit der Meerenge bedrohen.“

Das Journal des Débats erfährt aus guter Quelle, dass die Angaben des Journal de Bruxelles über den Gegenstand der Abmachungen, welche in Wien zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in Form eines Vertrages oder einer Convention getroffen wurden, im wesentlichen der Wahrheit entsprechen. Dieser diplomatische Act, sagt das Journal des Débats, welcher nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin mit den Unterschriften der beiden Kaiser versehen worden ist, verabredet, dass, wenn einer der kontrahierenden Theile einen Krieg zu bestehen hat, der andere ihm erst dann Hülfe zu leisten verpflichtet ist, wenn dem ersten nicht blos eine einzelne Macht als Feind gegenübersteht. Dieser Vertrag hat also einen rein defensiven Charakter und eine beschränkte Tragweite; er zielt nicht auf irgend eine besondere Macht ab, sondern ist nur vorbeugend gegen alle feindlichen Bündnisse, denen Deutschland oder Österreich-Ungarn in Europa ausgesetzt sein könnte. Außerdem sind noch die beiden Vertragsmächte übereinkommen, gewisse kommerzielle Abreden, wenn nicht einen förmlichen Zollvertrag zu treffen und den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern nach Möglichkeit zu erleichtern.

Das Evénement veröffentlicht einen längeren Artikel von General Wimpffen, worin dieser die Bildung einer Reservearmee anempfiehlt, welche aus allen waffensfähigen Männern von 30—40 Jahren zusammengesetzt würde. Seinem Plan gemäß würde diese Armee in zwei Abtheilungen getheilt; die Mannschaft von 30—35 Jahren müßte bereit sein ins Feld zu marschiren, die andere Hälfte von 35—40 Jahren müßte der ersten zur Reserve dienen oder an der Verteidigung oder dem Angriffe der festen Plätze teilnehmen.

Eine heute im Amtsblatt veröffentlichte Note meldet, dass Hr. Grevy Schreiben des Königs von Italien erhielt, die der Mission des Generals Cialdini als Botschafter in Paris ein Ende machen.

Am 19. Nov. fand in Châlons ein von dem Legitimisten Baudry d'Asson zu Ehren der abgesetzten Maires der Vendée organisierte Banket unter dem Vorzeige des Generals v. Charrette statt. Es waren 800 Gäste besetzt; der Saal war mit weißen Fahnen und den Wappen der Bourbons geschmückt; über dem Präfidenten flatterte das alte Banner, womit die Leute aus dem Bocage im Jahre 1815 ausgerückt waren, und in der Mitte des Saales dasjenige von 1794. Über der Pforte des Grafen von Chambord befand sich die Trompete von La Penissière. General Charrette saß zwischen zwei alten Chouans. Als Baudry d'Asson erschien, wurde er mit begeistertem Beifall empfangen. Er las sogleich eine Adresse an den Grafen von Chambord vor, welche alsdann von allen Anwesenden unterzeichnet wurde. Wer nicht schreiben konnte, machte ein Kreuz. Graf Alexander v. Monti, Vertreter des Grafen von Chambord, dankte den Anwesenden im Namen seines Herrn.

Über den bisherigen französischen Botschafter in Wien, Hrn. Teisserenc de Bort, welcher auf den wienischen Posten nur zurückkehren darf, um sein Abschiedsschreiben zu übergeben, kursirten in den Blättern allerlei Geschichten, welche seine bevorstehende Dimission erklärt machen. So wird erzählt, daß der neue Botschafter höchst ungünstig debütire, weil er sich „Ambassadeur de la République française“ nannte, während die amtliche Bezeichnung in Frankreich zu allen Zeiten, auch unter der ersten, zweiten und dritten Republik, stets und unveränderbar „Ambassadeur de France“ war. Einmal die erste république, aber schon in den ersten Tagen seiner Ankunft gab Hr. Teisserenc noch andern Stoff zum Lachen. Wo er seine Besuche mache, hinterließ er überall Visitenkarten, die mit einer doppelten Adresse ausgestattet waren, als ob ein Botschafter einer Adresse bedürfe: „Teisserenc de Bort, Ambassadeur de la République française, Paris, Avenue Neuilly. Vienne, Lobkowitzplatz.“ Diese Karten allein hatten Hrn. Teisserenc schon einen Heiterkeiterfolg in den wienischen Salons bereitet, da man sofort die Frage aufwarf, welches das Hauptestablissement und welches die Succursale der neuen Firma seien. Aber es sollte noch besser kommen. Hr. Teisserenc machte einem Mitgliede des österreichischen Kaiserhauses seine Aufwartung; der geistvolle Prinz unterhielt sich mit dem Botschafter über den Stand der Literatur in Frankreich. Man war in bester Conversation begriffen, als Se. Ex. die währ. heranzog.

und nach
gehen zu
will ich
worte
duyten

Man
über die
treffs des
bahnen:
der Staat
Verlegen
papier, wo
betreffende
anbietet, 1
dem inter-
auswärtige
Es ist die
bewährten
einerseits
rührten
andererseits
der mit de-
sicht siehen
zu diesem
und hat in
andern Ge-
des Hrn. L.
Angelegen-
vorgehoben
sich auf
in ersten V
Börse ang
die Zulassu
der pariser
zösischen M
so hat sic
ohne daß
gewesen zu
Thema bezo
scheint in
zu haben:
bar eine G
aber ist mu
wörtliche
publizum f
Anleihen.
Die neuest
der Regieru
abzunehmen
ist ein Au
Es fragt s
Börsen das
effect zurlic
hierorts de
Schuld bei
schen Geldbi
Comptoir d
tection und
diese Insti
ihre reiche
oder durch G

Ein ei
zwischen den
Sir Duru
litäratac
londoner E
graphiert dar
mitglied un
field, englis
rant für de
tinopel, etli
fizierte schlie
ins Gesicht.
gegeben und
fizier würde
gen; die b
straflos.“
der hiesige
ten Schreib
Wolfs An
gross misse
welchen sic
strenge bestre
bleiben.“
er habe in
Armeen; so c
zeit keine c
gibt, Offizie
Soldaten sc
der Todesstr
Drummond
Lob für ihre

Aus B
man habe da
schielenen U

Österreich-Ungarn.

Die Neue Freie Presse nimmt von der Reise der Kaiserin Eugenie nach Spanien Anlass zu folgenden Bemerkungen: „Sie ist heute eine tragische Gestalt, die Tochter der Gräfin Montijo. Aber sie weckt, wenn sie in ihrem Trauergewande vorüberwacht, nicht bloß unser Mitleid, sondern wir denken auch des Wechsels der Dinge, der Vergeltung, welche, allem

suchen ihre Landsleute, die Engländer, zu überreden,

wie Eng-
bige, das
aber aus
monarchische
organisirte
stößt, die
sonstwo
dass der
Bauet in
Republik
gleich mit
jenseit der
Duelle,
über den
zwischen
in Form
offen wor-
sprechen.
Debats,
mark nach
der con-
hat, der
richtet ist,
sicht als
so einen
Trag-
re Macht
indlichen
Ungarn
find noch
gewisse
en Zoll-
schen den
1.

gern Ur-
Bildung
us allen
zusam-
die diese
mannschaft
Feld zu
Jahren
an der
Pläze
meldet,
Italien
ini als
on dem
abge-
t unter
tt. Es
weisen
schmückt;
er, wo-
5 aus-
s das-
en von
nissiere.
houans.
sisterem
esse an
nn von
icht
ander
dankte
ster in
uf den
in Ab-
Blät-
ehende
dass,
weil
fran-
weiten
„Am-
évo.
t gab
Wo-
sitten-
stattet
ürste:
rang.
latz.“
einen
, da
aupt-
neuen
Dr.
ischen
Prinz
stand
Con-
1870.

und nach sorgfältiger Prüfung derselben erklärte, schon gehen zu müssen, da er irgendwo erwartet werde. „Da will ich Sie wirklich nicht länger aufhalten“, antwortete der Erzherzog, wandte sich und ließ den verdachten Botschafter stehen....

Großbritannien.

Man schreibt dem London Polyglot aus Berlin über die Vorlagen der preußischen Regierung betreffs des Ankaufs und Ausbaues dreier großer Eisenbahnen: „Bei einer so großen Finanzoperation ist der Staat nur dann vor der Möglichkeit bedenklicher Verlegenheiten hinlänglich geschützt, wenn das Wertpapier, welches er den Gläubigern und Besitzern der betreffenden Privatbahnen im Austausch für ihre Titres anbietet, nicht bloß in Deutschland, sondern auch auf dem internationalen Geldmarkt cotirt und dabei von auswärtigen Finanzmächten im Turs gehalten wird. Es ist das Verdienst des Hrn. Bleichröder, dieses bewährten finanziellen Rathgebers des Reichskanzlers, einerseits hier an maßgebender Stelle den soeben berührten Gesichtspunkt zur Anerkennung gebracht und andererseits im Auslande seinen Einfluss zur Sicherung der mit der Annahme der Vorlage alsbald in Aussicht stehenden Emissionen geltend gemacht zu haben. Zu diesem Zweck ist er unlängst nach London gereist und hat mit dem dortigen Hause Rothschild und mehreren andern Bankiers verhandelt. Auch die neuliche Reise des Hrn. Lothar Bucher nach London dürfte mit dieser Angelegenheit zusammenhängen. In London ist hervorgehoben worden, daß eine finanzielle Operation, die sich auf den internationalen Geldmarkt stützen müßt, in erster Linie auch auf die Belebung der pariser Börse angewiesen sei. Nun hängt aber bekanntlich die Zulassung auswärtiger Effecten zum Verkehr an der pariser Börse von der Genehmigung der französischen Regierung ab. Wenn wir recht berichtet sind, so hat sich die Reise des Grafen v. Saint-Ballier, ohne daß ihr deshalb politische Motive völlig fremd gewesen zu sein brauchen, vorzugsweise auf dieses Thema bezogen. Der deutschseits fundgegebene Wunsch scheint in Paris einigermaßen in Verlegenheit gesetzt zu haben: einerseits will man dem mächtigen Nachbar eine Gefälligkeit nicht gern versagen; andererseits aber ist man der politischen und finanziellen Verantwortlichkeit eingedenkt, die das französische Konservativenpublikum schon so oft für die Zulassung auswärtiger Anleihen auf die jeweilige Regierung gewählt hat. Die neueste Vorlage des Hrn. Sav, bestimmt, der Regierung für die Zukunft diese Verantwortlichkeit abzunehmen und den Finanzkreisen selbst zu übertragen, ist ein Ausweg, um die Schwierigkeit zu umgehen. Es fragt sich jedoch, ob nicht trotzdem, falls die pariser Börse das in Aussicht stehende große preußische Staats-effect zurückweist oder stiefmütterlich behandelt, dafür hierorts der französischen Regierung eine theilweise Schuld beigemessen wird, insfern die großen französischen Geldinstitute, wie Crédit-foncier, Société Générale, Comptoir d'Écompte, sämtlich unter staatlicher Protection und unter dem Einfluß der Regierung stehen, diese Institute es aber in ihrer Hand haben, durch ihre reiche Rundschafft eine Anleihe absorbiren zu lassen oder durch Gleichgültigkeit dieselben zu Falle zu bringen.“

Politik Russlands. Dieselbe verdanke ihre Anregung der eigensten Initiative des Zaren und dürfte sich zumeist kundgeben in einer vollständigen Umwälzung nicht nur des Personals des Auswärtigen Amtes in Petersburg, sondern auch in sehr weitgreifenden Veränderungen innerhalb der diplomatischen Vertretung Russlands im Auslande. Nach dem Wunsch und Willen des Kaisers Alexander — so versichert man in Berliner russischen Kreisen — soll fortan die russische Politik mit der deutschen und österreichischen sich in durchaus parallelen Bahnen bewegen, so zwar, daß alle Staatsmänner, welche im Russen stehen, der pan-slavistischen Strömung zu huldigen, entschieden verdrängt werden dürfen. Was Fürst Gortschalow anbange, so sei es noch nicht entschieden, ob er ganz und gar in den „verdienten Ruhestand“ trete, oder ob man ihm die Stellung eines Staatskanzlers äußerlich belasse, dafür aber für die wirkliche Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes in der Person des Hrn. Walujew oder Giers einen Adlatus bestellt. In jedem Falle wechselt das russische Staatschiff den Turs, nachdem man sich in Petersburg überzeugt habe, daß das deutsch-österreichisch-ungarische Einvernehmen ebensoviel gegen die Uebergriffe des Pan-Slavismus im Orient als gegen diejenigen der englischen Politik gerichtet sei.

Die Rigaer Zeitung schreibt: „Von sehr maßgebender Seite in Petersburg wird Anregung gegeben werden, daß die Beziehungen, welche die russischen Localbehörden dem preußischen Dampfer Falke anthalten, energisch untersucht werden. Die Angelegenheit wurde kürzlich bei hervorragendem Anlaß in Berlin besprochen, und es fanden dabei noch ganz andere Dinge zu Tage. Es ist in den competenten petersburger Kreisen kein Geheimniß mehr, daß denselben Personen, welche mit den russischen Zollbehörden zu thun haben, systematisch Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten bereitet werden, die wirklich oft das Maß überschreiten. Es soll auch hierbei «energisch reformirt» werden.“

Königreich Sachsen.

Leipzig, 27. Nov. Se. Kaiserl. Hoh. der Kronprinz des Deutschen Reiches Friedrich Wilhelm traf heute Vormittag 9 Uhr 20 Min. von Italien kommend mittels Kurierzuges mit hohem Gefolge, worunter sich sein Hofmarschall Graf zu Eulenburg befand, im hiesigen Berliner Bahnhofe ein. Er nahm während des kurzen Aufenthaltes ein Frühstück ein, welches er sich in seinem dichtverhangenen Salonwagen serviren ließ. Zu seiner Begrüßung war Dr. Bürgermeister Dr. Tröndlin erschienen. Derselbe wurde, da der Kronprinz gar nicht austieg, veranlaßt, in dessen Salonwagen einzutreten, und verweilte längere Zeit darin. Die Weiterreise nach Berlin erfolgte 9 Uhr 34 Min.

Leipzig, 27. Nov. Wir geben nachstehend das Verzeichniß der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwälte und Rechtsanwälte beim Reichsgericht mit deren hiesigen Wohnungen wieder, welches vielen willkommen sein wird:

I. Präsident des Reichsgerichts: Wirkl. Geheimrat Dr. Simon (im Gerichtsgebäude, Eingang vom Ritterplatz aus). II. Senatspräsident: 1) Dr. Dreßler (Kaiser-Wilhelm- und Arndtstrassecke), 2) Dr. Henrich (Bahnhofstrasse 8 III), 3) Dr. Hoheber (Königstrasse 9 II), 4) Ulfert (Elsterstrasse 32 Parterre), 5) Drentmann (Siboniestr. 17), 6) Dr. v. Beyerle (Münzberger Strasse 45), 7) Dr. Bingner (Rudolphstrasse 21).

III. Räthe: 1) Dr. v. Hahn (Waisenhausstrasse 34 Parterre), 2) Dr. v. Bangert (Sophienstrasse 33 Parterre), 3) Dr. Werner (Gustav-Adolfstrasse 4 II), 4) Dr. Bähr (Kleine Burggasse 6 II), 5) Dr. Gallenkamp (Weststrasse 62 I), 6) Friedrich (Bahnhofstrasse 19 II), 7) v. Schedt (Marienstrasse 3), 8) Petersen (Promenadenstrasse 10 II), 9) Blauthner (Elsterstrasse 4 II), 10) Henckel (Schulstrasse 3), 11) Dr. Hoffmann (Nordstrasse 48), 12) Schüler (Ebenda), 13) Hartmann (Davidstrasse 51), 14) Dr. Fleischauer (Frankfurter Strasse 51), 15) Dr. Voßstiel (Blücherplatz 2 III), 16) Werner (Waldburgstrasse 51), 17) Dr. v. Grävenitz (Mühlgasse 31), 18) Lesser (Leipziger Strasse 15 I), 19) Nappold (Davidstrasse 5 II), 20) v. Gmelin (Pioniatowskistrasse 9 II), 21) Dr. Schlesinger (Egelstrasse 4 Parterre), 22) Thewalt (Albertstrasse 40 I), 23) Wielandt (Plagwitzer Strasse 18 II), 24) v. Streich (Mühlgasse 3 III), 25) Dr. Puchelt (Münzberger Strasse 44 II), 26) Weiß (Elsterstrasse 4 I), 27) Schwarz (Infestrasse 19 I), 28) Schomka (Marienstrasse 13 II), 29) Langerhans (Weststrasse 61 I), 30) Dr. Wend (Königstrasse 23 II), 31) Kirchhoff (Rosenthalgasse 13), 32) v. Forcade de Biaix (Albertstrasse 11), 33) Wohl (Humboldtstrasse 22 I), 34) Dullmann (Weststrasse 4 II), 35) Dr. Wiener (Leipziger Strasse 4 II), 36) Krüger (Seestraße 11 II), 37) Müller (Plagwitzer Strasse 45 I), 38) Meyer (Ouerstrasse 21/23 II, 2. Flügel), 39) Wulff (Hospitalstrasse 16), 40) Ull (Eilenstrasse 20b I), 41) Dr. v. Weibom (Hohe Strasse 33), 42) Rossow (Goethestrasse 9 III), 43) Dr. Dreyer (Humboldtstrasse 19 I), 44) Cucumus (Floßplatz 30 I), 45) Stedow (Waldburgstrasse 50), 46) Dähnhardt (Gellerstrasse 2 II), 47) v. Geb (Seestraße 16), 48) Dürschmidt (Bairische Strasse 23 I), 49) Dr. Hambrook (Seestraße 24 d I), 50) Wittmaak (Hohe Strasse 11 II), 51) Wossman (Ouerstrasse 21/23), 52) Rottels (Entrich), Villa Kunze, Weststrasse 16), 53) Dr. Agricola (Kleine Burggasse 6 I), 54) Petzsch (Waldburgstrasse 49), 55) Dr. v. Buri (Dorotheenstrasse 8 c I), 56) Derscheid (Infestrasse 1 b),

57) Dr. Bolze (Ouerstrasse 21/23), 58) Dr. Spies (Leipziger Strasse 18), 59) Dr. Hauser (An der Pleiße 2 b), 60) Scheele (Dorotheenstrasse 8 c III).

IV. Reichsanwältschaft. Oberreichsanwalt Dr. Schröder, Siedendorff (Karlstrasse 3 b). Reichsanwälte: 1) v. Wolff (Rößstraße 18 I), 2) Hoflinger (Porzingstrasse 13), 3) Stenglein (Bahnhofstrasse 9 III).

V. Rechtsanwälte: 1) Stegemann, Justizrat (Emilienstrasse 28), 2) Dr. Reulius (Leibnizstrasse 6 III), 3) Sachs (Mendelssohnstrasse 2 II), 4) Arndt, Justizrat (Infestrasse 6), 5) Dr. Böhlmann, Justizrat (Gustav-Adolfstrasse 5), 6) Dr. Braun, Justizrat (Gustav-Adolfstrasse 10 II), 7) Bussenius, Justizrat (Marienstrasse 8), 8) Dorn, Geh. Justizrat (Leipziger Strasse 6), 9) Fenner, Justizrat (Marienstrasse 18), 10) Johannsen (Dörienerstrasse 23 II), 11) Dr. Linzel, Justizrat (Salomonstrasse 17), 12) Mecke, Justizrat (Marienstrasse 18), 13) Paßl (Egelstrasse 4), 14) Romberg, Justizrat (Egelstrasse 3), 15) Dr. Feile (Arndtstrasse 50 Parterre), 16) Erythropel (Kurze Strasse 10), 17) Dr. Cromie (Centralstrasse 4 Parterre), 18) Dr. Luben (Hallische Strasse 11 II; Wohnung Gohlis), 19) Dr. Seelig (Brühl 65–66; Wohnung Elsterstrasse 23 I), 20) Dr. Thommen (Weststrasse 88).

Wir schließen mit einem Verzeichniß der den Hülfsräten bei dem Reichsgericht überwiesenen Mitglieder preußischer Oberlandesgerichte:

- 1) Paris, Kammergerichtsrath, Geh. Oberjustizrat (Gartenstrasse 9), 2) Frey-Schmidt, Kammergerichtsrath (Rosenthalgasse 13), 3) Gräfe, Kammergerichtsrath (Leipziger Strasse 15 c), 4) Schmid, Oberlandesgerichtsrath (Dresdner Strasse 30), 5) Calame, Oberlandesgerichtsrath (Siboniestr. 56), 6) Nerezhko, Oberlandesgerichtsrath (Porzingstrasse 17), 7) Engländer, Oberlandesgerichtsrath (Eilenstrasse 7), 8) v. Borties, Oberlandesgerichtsrath (Leipziger Strasse 1).

†† Leipzig, 27. Nov. Die Stadtverordneten berieten in ihrer gestrigen Sitzung zunächst über einen Theil des Haushaltplanes der Stadt für das Jahr 1880. Es wurden — zum Theil mit Abminderungen, zum Theil auch mit Streichungen einzelner Positionen — genehmigt die Conten der Rathshuub, des Polizeiamtes, der Stadtverordneten, der Pensionen und Wartegelder, des Stadtorchesters, der milden Stiftungen, der Wohlfahrtspolizei, des Museums, der Stadtkirche, der fiscalischen Entschädigungsrente, der Waggerebühren und des Münzwesens, des Quartieramtes, der Alstainen etc. Von den dabei an den Rath gebrachten Anträgen erwähnen wir: die Stadtsteuerexpeditionen möchten fernerhin wieder von 2–5 Uhr (anstatt 2–4 Uhr) geöffnet sein, ferner: der Rath wolle suchen, billigere Beiträge bei der Brandversicherung der Theater zu erreichen. Außerdem wurde eine Nachverwilligung für die Untersuchung der Wasserverhältnisse in unserer Umgebung ausgesprochen, ein Nachtrag zu der Ordnung der Fleischbeschau genehmigt und ein zum Vocalstatut vorgelegter Nachtrag angenommen, welcher die Mitwirkung der Stadtverordneten bei Verpachtung der Stadtkirche genauer regelt.

Die Dresdner Nachrichten berichten aus Dresden vom 26. Nov.: „Das Landesmedicinalcollegium beschäftigte sich in seiner gestrigen Abendtagung mit einem Antrage des ärztlichen Bezirksvereins Pirna, welcher die Berechtigung zur freien Auflösung der Heilkunde auf geprüfte Ärzte beschränkt wissen will. Geh. Medicinalrat Dr. Friedler bezeichnete den Antrag für inopportunit, da es noch an Material fehle. Der Antrag wurde deshalb von der Tagessordnung abgesetzt, um einer späteren Versammlung unterbreitet zu werden. Ein Antrag des pharmaceutischen Kreisvereins zu Leipzig um Steuerung des Geheimmittelwindels (das Ministerium des Innern soll geeignete Schritte dagegen thun) wurde angenommen. In der Debatte darüber wurde es von einer Seite gefügt, daß einzelne Apotheker selbst Curpfuscherei trieben.“

Die Dresdner Nachrichten berichten aus Dresden: „Der rührige Vorstand des Deutschen Reformvereins hat dieser Tage eine Adresse an den Staatsminister Maybach erlassen, in welcher er denselben zu seinen manhaften Worten im preußischen Abgeordnetenhause beglückwünscht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Minister auf baldigste Einführung der Börsen- und Componsteuern mit hinwirke.“

Dem bereits erwähnten vom Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts veröffentlichten Bericht über den Bestand der demselben unterstellten Unterrichts- und Erziehungsanstalten entnehmen wir Folgendes über das Polytechnikum: „Die Anstalt umfaßt 6 Abtheilungen, für Mechanik, Ingenieurwissenschaft, Hochbau, Chemie, Lehrerbildung, allgemeine Wissenschaften. Die Zahl der Docenten betrug am 1. Dec. 1878 43, und zwar 26 ordentliche, 4 außerordentliche Professoren, 2 mit ordentlichen Vorlesungen beauftragte Docenten, 11 Privatdozenten; die Zahl der Vorlesungen im Wintersemester 1878/79 in den verschiedenen Abtheilungen nach der obigen Reihenfolge 30, 38, 34, 25, 44 und 31; die Zahl der Studirenden am 1. Dec. 1878 672, darunter 532 Insciribite und 140 Hospitanten. Unter den Insciribirten befanden sich 267 Sachsen, 127 andere Deutsche, 29 Österreichische und Ungarn, 100 Angehörige anderer europäischen Staaten, 2 aus Asten, 7 aus Amerika. Auf die 5 Fachabtheilungen vertheilte sich die Zahl der Insciribirten wieder in der obigen Reihenfolge folgendermaßen: 143, 128, 164, 56, 21. Für die nötigen Lehrmittel ist durch Samm-

Rußland.

Aus Berlin wird dem Pestler Lloyd gemeldet, man habe dort Kenntnis von einer bevorstehenden entschiedenen Umwandlung in der auswärtigen

lungen reichlich gesorgt. Am Institutum besteht ein technisch-chemisches, ein analytisch-technisches und ein physikalisches Laboratorium. Die Gesamtausgaben für das Polytechnikum betrugen im Rechnungsjahre 1877 264624 M., darunter 156346 M. an Gehälten; die eigenen Einnahmen 37976 M., der Staatszuschuß 226648 M."

Der Entwurf für den Haushaltssplan der Stadtgemeinde Chemnitz auf das Jahr 1880 bilanziert in Ausgabe und Einnahme mit 2,910404 M. 33 Pf. Unter der Einnahme befindet sich der Betrag der für das Jahr 1880 auszuzeichnenden directen Anlagen, welcher sich auf 724448 M. 61 Pf. gegen 823403 M. 99 Pf. im Haushaltssplan für 1879, beläuft, daher gegen das Vorjahr um 98955 M. 38 Pf. niedriger ist. Der gleichfalls ausgegebene Entwurf des Schulbudgets auf das Jahr 1880 zeigt in Ausgabe und Einnahme die Summe von 693051 M. 67 Pf. Hier belaufen sich die auszuzeichnenden directen Schulanlagen auf 438083 M. 17 Pf. gegen 438010 M. 40 Pf. im Vorjahr.

Leipzig, 25. Nov. Wenn der Verfasser des vieractigen Schwan's "Duccisib", Leon Krepon, den freilich nur bescheidenen Ehrenplatz hatte, durch etwas stark aufgetragene Komik die Lachlust des Publikums zu reizen, so ist ihm dies gelungen, wie wir bei der gestrigen Aufführung im Carola-Theater zu bewerten Gelegenheit hatten. Schön die Bezeichnung "Schwan" nimmt die Erwartungen der Zuschauer auf das Niveau momentaner Belustigung herab, und veranlaßt auch die Kritik, davon abzusehen, das Stück auf tiefem Gehalt und dramatischen Aufbau zu prüfen. Dem Verfasser ist Geschick für das Arrangement drastischer Scenen nicht abzusprechen; freilich scheut er sich auch nicht, eine komische Wirkung zuweilen durch starke Uebertreibungen und auf Kosten der Glaubhaftigkeit zu erzielen. Gespielt wurde die Novitität recht stott und unbedeutig. Ganz vorzüglich war die Leistung des Hrn. Eggeling (Bruno Tolle), der dadurch einen Beweis seiner Vielseitigkeit lieferte und uns namentlich durch seine Jungensertigkeit und Beweglichkeit übertraute. Die zur Schau getragene Eitelkeit des harmlosen Schwägers, der durch seine "Grazie und Liebenswürdigkeit" überall zu siegen glaubt, wirkte ebenso wie das sehr natürliche Lachen erheiternd. Das Gegenstück dieses leichtlebigen, selbstbewußt jungen Mannes, der philistrische, unbekömste und zum Weiberfeind erzeugte Joseph Bornbock, dessen einzige Passion das Studium Plato's ist, wurde von Hrn. Idali vorzüglich zur Aufführung gebracht. Recht gut fand er sich auch in den leichten Acten in die Rolle des durch die muntere, übermüthige Cousine Ella Nosen — von Hrl. Masson in gewohnter Vollendung dargestellt — befehlten Liebhabers, dem aber immer noch etwas Schüchternheit anhaftet. Eva Bornbock, die ihrem Bruder an Weltkenntniß und Schlagfertigkeit überlegen und sehr genug zu Liebesabenteuern ist, wurde von Hrl. Form wof allzu fest und zu wenig weiblich wiedergegeben, sodass die Rolle, die ohnehin die Grenze mädchenhafter Zurückhaltung fast überschreitet, zu sehr herabgezogen wurde; vor allem sollte die junge Dame das Scharfe, kurz Abgeschlossene in ihrer Redeweise etwas mildern. Hr. Erdmann (Professor Bornbock) fügte seiner Sammlung von Originale aus der Gelehrtenwelt eine neue wohlgefundene Species ein. Der Dr. Knops, der in einzelnen Bildern dem "Bettler" in Benedix gleichnamigem Lustspiel nachgezeichnet ist, wurde von Hrn. Wallner mit liebenswürdigem Humor gespielt. Frau Pfeil wußte der uninteressanten Rolle der Clotilde Bornbock keine Wirkung zu verschaffen. Hrl. Gröger, die wir bisher meist in seinen Salonorollen gesehen, entwickelte als Kunstreiterin Pompeja viel Komik und errang mit ihrer episodischen Rolle lebhafte Beifall. Die diensthabten Geister des Hauses Bornbock, Hr. Hecht und Hrl. Lipsky, griffen wirkungsvoll in das Ensemble ein. Wenn so dieses Stück trog alter Schwächen und amüsirte, so konnte das zweite Stück des Abends: "Hohe Gäste" von G. Belli und P. Henrion, in seinem wenig geschmackvollen Inhalt und seiner niedern Komik nur einen unangenehmen Eindruck hinterlassen. Wie dasselbe vor Jahren im bie-sigen Stadttheater ausgegespielt wurde, so fand es auch gestern, wenigstens bei einem Theile des Publikums, mit vollem Recht eine ablehnende Aufnahme. Der Eiser, der die in allen Theilen gute Aufführung befürwortete (die Mitspielenden waren die Herren Erdmann, Wallner, Richter und Köhler und die Damen Lipsky und Form), wäre einer besseren Sache wütig gewesen.

Der Leipziger Zeitung berichtet man aus Plauen vom 24. Nov.: „Als eine neue Frucht unserer Föllreform ist es zu begrüßen, daß in diesen Tagen zwei Engländer aus Nottingham von Hrn. Appretor Robert Jöbisch hier ein gegen 8000 Quadratmeter umfassendes Biegematerial zu dem Zwecke angelaufen haben, um auf demselben eine größere Fabrik für englische Gardinen zu erbauen. Nachdem sich dieselben in verschiedenen Städten des Voigtslandes umgesehen hatten, namentlich in Hohenstein und Auerbach, haben sie schließlich unsere Stadt gewählt und werden gewiß einer namhaften Zahl von Arbeitern Beschäftigung bringen.“

Im Frühjahr dieses Jahres wurden in Dresden einige Mitglieder einer weitverzweigten internationalen Falschmünzerbande verhaftet, welche falsche russische Rubelnoten fabricirten und vertrieben. Es waren dies die drei jüdischen Gauner Moses Ibiel, Nathan Littauer und David Rosengarten, sämmtlich Kauf- und Handelsleute aus Russland, die ihr sauberer Metier seit fünf bis sechs Jahren in Deutschland betrieben. Nachdem Littauer bei der Geraer Bank eine Anzahl falscher Rubel umgewechselt hatte, versuchte er am 30. April d. J. dasselbe auch bei dem Banckhaus Günther u. Rudolf hier, wo jedoch die Scheine trog täuschernder Nachahmung als falsch erkannt wurden. Es hat sich nun im Laufe der Untersuchung ergeben, daß es kaum eine größere deutsche Stadt gab, in welcher die Gauner nicht ihre Falsifizate absetzen. Hauptfächlich verkündeten sie dieselben in hebräischen Gebetsbüchern, zum Theil in ganzen Ballen. In Aachen allein wurden 23000 Stück falscher Rubelnoten angehalten. Umfangreiche und sehr schwierige Recherchen führten zwar nicht zu der Entstellung des ganzen Unternehmens, aber so viel ergab sich, daß die Hauptwerke dieser Falsifizate in London ist, während in Dresden

nur eine kleinere Werkstatt etabliert war. Ganz zu verfolgen war der Laden, der von den einzelnen Agenturen nach der Centralwerkstatt führt, nicht. Da die saubere Bande auch in Berlin gearbeitet hatte, so erfolgte dort die Untersuchung. Ibiel und Littauer wurden zu je vier Jahren, Rosengarten zu drei Jahren Buchhaus verurtheilt.

Handel und Industrie.

Wien, 22. Nov. Die Besserung, die seit der letzten Liquidation in Paris eingetreten, hat auch hier momentan belebend auf den Verkehr eingewirkt; doch scheint die Börse zuerst abwarten zu wollen, welche Modifikationen in den Finanzvorlagen der beiden Finanzminister sich als notwendig herausstellen und in welcher Höhe dieselben an den Credit werden appelliren müssen. Durch die in Aussicht stehenden Creditoperationen der beiden Finanzminister wird einerseits die Rentenbewegung einen neuen Impuls erhalten, andererseits aber werden die Banken, welche die zur Emision gelangenden Renten zu placiren haben werden, wieder ein lukratives Geschäft bekommen und ihren Aktienguthaben aus günstige Erträge eröffnen. Daß die Schuldenlast dadurch wieder vermehrt und die Zinsenlast immer ansteigt, ist für die Börse ziemlich gleichgültig, für sie ist die Cursbewegung der Renten und der leichten Bankpapiere die Hauptsache. Witterweise hat die Cursbewegung, die sich auf den deutschen Plänen für die Eisenindustriepapiere vollzogen, auch hier ihre Wirkung nicht verloren. Es ist hier wie überall sehr viel Geld an diesen Papieren verloren worden und ist das Kapital insoweit dessen sehr zurückhaltend. Die Speculation jedoch, welche den Curs dieser Papiere schon einmal auf einer so schwindelhaften Höhe gehoben, glaubt, daß bei diesen Papieren am meisten zu holen ist, und engagiert sich darum auch in denselben. Das sind aber nicht die rechten Leute, die das Kapital animieren könnten, sich gleichfalls für Eisenwerke zu interessieren, und gewinnt das Geschäft in diesen Werthen immer mehr den Charakter des Spieles, wenn es so lange behalten wird, bis eine ernsthafte Besserung in den Verhältnissen der Eisenindustrie eintreten wird. Diese Besserung wird wol nicht ausbleiben, weil die von allen Seiten austaugenden Eisenbahnen schließlich doch belebend auf den Eisenkonsum wirken müssen, und kostet man, daß das nächste Frühjahr die sieben magern Jahre der Eisenindustrie zum Abschluß bringen wird. Hatte unsere Banken, welche mit Kohlen- und Eisenindustrieunternehmungen zur Genüge versorgt sind, wird die Besserung der Eisenindustrie den Impuls zu einer neuen Hause bieten, und ist der jetzige Curs der Creditnoten schon heute nur dann gerechtfertigt, wenn man auf eine Besserung der Eisenindustrie hofft. Auch Rohpapiere sind in den letzten Tagen vielfach gehandelt worden und ist eine weitere Curssteigerung derselben, im Hinblick auf den hohen Curs der älteren Emissionen mit einer gewissen mathematischen Sicherheit auch die Steigerung der jüngsten Emissionen zu erwarten.

Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft — Abteilung für Unfallversicherung — kamen im Monat October 1879 zur Anzeige: 16 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 9, infolge deren die Verhängten noch in Lebensgefahr schweben, 45, welche für die Verletzten vorausichtlich lebensfähig, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 543 mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit; im ganzen 613 Unfälle.

Bremen, 26. Nov. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,75, per December 8,75, per Januar 8,90, per Februar-März 8,90.

Antwerpen, 26. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 22½ bez., 22½ Br., per December 22½ bez. u. Br., per Januar 22½ Br., per Januar-März 22½ Br., fest.

Glasgow, 26. Nov. Roheisen. Mixed numbers waren 58 Sh. 6 D.

Liverpool, 26. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 15000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner 1½ D. theurer, Surats fest. Mittl. amerikanische November-December-Lieferung 6½%; Januar-Februar-Lieferung 6½ D. Weitere Meldung. Amerikaner weiter 1½ D. theurer.

Börsenberichte.

Berlin, 27. Nov., 12 Uhr 5 Min. Eröffnungsergebnis. Ost. Creditact. 481,—, Ost.-Franz. Staatsb. 455,—, Ost. Südbahn (Lomb.) 147,—, Berg.-Märk. 91,—, Köln-Winden 143,50, Galiz. Karl.-Ludwig 104,40, Rhein. 147,75, Rumän. 43,90, Disconto-Comm. 178,60, Königs- und Laurahütte 99,10, Ost. Loco v. 1860 125,—, do. Goldrente 69,75, do. Silberrente 61,—, do. Papierrente 59,—, Russ. Ant. v. 1877 89,50, do. Bank. 212,50, Deutsche B. 136,25, Ung. Goldrente 82,25, Teubenz: sehr fest.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 275,70, Ost.-Franz. Staatsbahn. 262,70, Ost. Südbahn (Lomb.) 95,10, Galiz. Karl.-Ludwig 240,30, Ost. Goldrente —, Deutsche Marknoten 57,65, Napoleonb'or 9,30%, Tendenz: fest.

Berlin, 26. Nov., 3 Uhr 10 Min. Sonds. Deutsche Reichsanleihe 97,50, 4proc. preuß. consol. Ant. 97,10, 3proc. sächs. Rente 74,—, Ost. 1860er Loco 124,60, do. Papierrente 58,90, do. Silberrente 60,90, do. Goldrente 69,60, Ungar. Goldrente 81,90, Russ. consol. 5proc. 1877er Ant. 89,25, do. Orientanleihe II 58,90, do. III —. Bankaktion. Allg. Deutsche Creditanst. 146,40, Chemn. Bank. 90,10, Coburger Crd. 89,75, Darmst. B. 142,50, Deutsche B. 135,—, Deutsche Reichsb. 153,—, Disconto-Comm. 177,30, Dresd. B. 123,50, Geraer B. 96,75, do. Handels- u. Crd. 49,30, Gothaer B. 100,—, Leipziger Disconto-Tepl. 82,75, Meining. Creditanst. 83,10, Überlaus. B. 80,—, Sächs. B. 114,90, Schön. B. 24,—, Thüring. B. —, Weimar. B. 89,90. — Ost. Creditanst. 477,50, Berliner Handelsgesellschaft 80,60, Prag-Duz 43,90, Pilsen-Priesen 42,80.

Industrieaktionen. Gelsenkirchen 123,25, Königs- u. Laurahütte 97,25, Dortmund Union St.-Pr. 75,25, Hibernia u. Shamrock 83,—, Luis. Tiebau —.

Eisenbahnaktionen. Aufsig.-Tepl. 174,80, Berg.-Märkische 90,75, Berlin-Anh. 97,90, Berlin-Potsd.-Magdeb. 98,50, Breslau-Schweidnitz-Kreis. 89,40, Berlin-Stettin 109,25, Köln-Winden 143,50, Galiz. Karl.-Ludwig 104,—, Halle-Sorau-Guben 13,50, Magdeb.-Halberst. 142,40, Mainz-

Ludwigsh. 83,40, Oberschles. La. A 166,25, Prag-Turnau 50,75, Ost.-Franz. Staatsbahn 454,50, do. Nordwestb. 242,—, do. Südl. Staatsb. 146,—, Rhein. 147,30, Rumän. Stammact. 43,80, do. Stammpr. 102,—, Thür. 140,40, Weimar-Gera Stammpr. 18,75, Rechte Oberaue 131,90, Berlin-Hörlitzer 15,60.

Wechsel Petersburg f. S. 210,90, do. 3 M. 209,25, Wien f. S. 173,25, do. 2 M. 172,20.

* Frankfurt a. M., 26. Nov. Schlußbericht: London Wechsel 20,340, Wiener Wechsel 178,20, 3proc. Sächsische Rente 74, Ost. Goldrente 69%, Ungar. Goldrente 81%, Russ. Orient-Ant. II. 59%, Köln-Winden 143%, Galizier 207%, Hess. Ludwigsh. 83%, Lombarden 78%, Staatsb. 226, Darmst. Bankacion 142, Steininger 83%, Ostpre. Creditact. 236.

* Hamburg, 26. Nov. Silberrente 60%, Goldrente 69%, Creditact. 237, 1860er Loco 125, Franz. 566½, Lombarden 183, Ital. Rente 78%, 1877er Russen 89%, Vereinbund 120%, Laurahütte 96%, Commerzbank 117%, Norddeutsche 152%, Intern. Bf. — Amerik. 95, Köln-B. 143%.

* Wien, 26. Nov. Schlußbericht. Papierrente 68,30, Silberrente 70,80, 1860er Loco 128,50, Nordwestb. 140, Bankact. 889,—, Creditact. 278,50, Anglo.-Austr. Bank 134,25, London 116,80, Silberagio 100,—, Ducaten 5,63, Napoleonb'or 9,31, Galiz. 239,50, Staatsbahn 262,—, Lomb. 84,25, Goldrente 80,40, Deutsche Marknoten 57,72.

* Paris, 26. Nov. 3 Uhr nachm. 3proc. amortis. Rente 88,25, 3proc. Rente 81,57%, 1872er Anleihe 115,07%, Ital. 5proc. Rente 80,10, Ost. Goldb. 69%, Ung. Goldb. 84,— 1877er Russen 92%, Franz. 57,25, Lomb. 180,—, do. Prior. 262,—, 1866er Türk. 11,05, 1869er —.

* London, 26. Nov. Consols 98%, Ital. 5proc. Rente 79%, Lombard 7%, 1871er Russen 86%, do. 1872er 86%, do. 1873er 89%, Silber —, 1865er Türk. Anleihe 10%, 1869er do. —, 5proc. Amerik. 105%, Ost. Silberrente —, Papierrente —.

Leipziger Productenbörse vom 27. Nov. mittags 1 Uhr. Bitterung: Schön und salt. Weizen per 1000 Ro. netto loco 224—230 M. bez.; unverändert. Roggen per 1000 Ro. netto loco 178—183 M. bez., fremder 170—174 M. bez.; unverändert. Gerste per 1000 Ro. netto loco 160—190 M. bez. Hafer per 1000 Ro. netto loco biefiger 140—145 M. bez. Mais per 1000 Ro. netto loco rumänischer fehlt, amerikanischer 150 M. bez. Raps per 1000 Ro. netto loco 240 M. bez. Rapssuchen per 100 Ro. netto loco 13 M. Br. Rübsöl per 100 Ro. netto loco 57 M. bez., per Nov. Dec. 57 M. Br., per Dec.-Jan. 57 M. Br.; unverändert. Spiritus per 1000 Liter Proc. ohne Gas loco 60,50 M. G.; höher.

* Leipzig, 27. Nov. Die heutige Börse eröffnete angeholt der guten Berichte, welche die auswärtigen Pläne gezeigt hatten, in einer gegen gestern etwas gehobenen Stimmung, die sich gleich vom Beginn des Verkehrs ab dadurch kennzeichnete, daß die Speculation etwas mehr Unternehmungslust zeigte und die geschäftliche Entwicklung im allgemeinen leichter von statten ging als während der Vorlage. Auch in den Bewegungen des Cursus sprach sich die günstige Tendenz deutlich dadurch aus, daß Rückgänge, welche wir noch gestern in verschiedensten Höhen zu notieren hatten, heute fast gar nicht mehr stattfanden, daß vielmehr das sich schließlich ergebende Resultat zumeist positiver Art war.

In den Deutschen Fonds entwickelte sich heute größeres Geschäft, namentlich standen ansehnliche Umläufe in Sächsischen Renten statt; Reichsanleihe und Preußische consolidierte Anleihe befreit und lebhaft gefragt; 4proc. Sachsen gingen mehrfach um. Ausländische Staatsfonds ziemlich regt; insbesondere standen Orientanleihen und Österreichische Goldrente in Gunst.

Der Bahnennmarkt kam heute wenig zur Geltung; für Rheinische zeigte sich Begehr, Thüringer ziemlich preishaltend, Rumänien steigend. Koethus-Großhering fest.

Stammpräferenzen ruhig. Dux-Bodenbach begehr, ebenso Gashütte-Meuselwih.

Banfactien animirt und höher; zu erwähnen sind Berliner Disconto, Coburger, Darmstädter, Deutsche Bank, Leipziger Credit, Dresdener Bank, Oberlausitzer und Leipziger Bank sowie Sächsische Bank.

Industrieaktionen ruhig. Zimmermann sehr fest und in gutem Umsatz, Kröllwitz matter, Lederverein höher.

Kohlenactien belebt und leichtweise höher.

Prioritäten in ziemlich gutem Verkehr.

Neueste telegraphische Depeschen.

* München, 26. Nov. Se. Kaiserl. und Königl. Hof. der Kronprinz des Deutschen Reiches ist heute Abend 6½ Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von dem preußischen Gesandten Grafen v. Werthern, dem Militärratlichen Oberstleutnant v. Stülpnagel und dem Polizeipräfidenten v. Teillisch begrüßt worden. Nachdem das Diner eingenommen worden war, setzte Se. Kaiserl. und Königl. Hof. um 7 Uhr die Reise nach Berlin fort.

* Wien, 27. Nov. Der Club der Liberalen, von 76 Mitgliedern besucht, nahm mit 74 gegen 2 Stimmen einen Antrag Ezedil's auf zehnjährige Verlängerung des Wehrgesetzes mit der herabgesetzten Friedensstärke von 230000 Mann an. Ein Eventualantrag auf eine dreijährige Gültigkeitsdauer des Wehrgesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Friedensstärke wurde mit 64 Stimmen angenommen.

Wien, 26. Nov. Aus Stuttgart telegraphirt man uns: „Der Steuerprozeß Haßländler (der Fiscus hatte von den Erben des Dichters eine hohe Nachtragssumme begehr) wurde endlich definitiv entschieden. Zwei Dritttheile der Steuerstrafe sind durch den Königs Gnade den Erben nachgelassen worden.“ (N. Fr. Pr.)

* Paris, 26. Nov. Ein der Agence Havas jüngstes Telegramm bestätigt, daß Iquique von den chilenischen Truppen genommen worden sei.

Volksw. Preu. K. Russ. woch. 20. France-Stat. do. Kaiserliche De. Gold. pr. Zoll. Zoll. Zoll. Befreiung. Befreiung. Befreiung. Befreiung. Befreiung

